Merseburger Tageblatt

Bezugspreis: Haus durch die Austräger vierteljährlich M. 2,10, monatlich 70 Pf. durch die Post bezogen desgl. und 14 Pf. monatlich. Bestellgeld; bei Abholung v. d. Exped. M. 1.80 bezw. 60 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheinen 6 mal wöchentlich. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Verlagsort: Merseburg. — Fernruf 100 Geschäftsstelle Hälterstr. 4.

Kreisblatt

Anzeigenpreis für die einspaltige Kleinzeile oder deren Raum 30 Pf. für Ortsansässige kleine Anzeigen, Haushalt und Familie betr., 20 Pf. Die Zeitung für die laufende Bezugszeit (Vierteljahr bezw. Monat) wird von Beziehern auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwieriger Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile 75 Pf. — Ziffergebühr und Portoauslagen extra.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 112. Mittwoch, den 15. Mai 1918. 158. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen

Seite 4 betr:

Verbot der Schlachtungen aller Schafslämmer und Ziegenmutterlämmer.

Festsetzung der Wochenfettmenge.

Tageschronik

Die dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage (s. Beil.).

Eine Kriegssteuer vom Einkommen? (S. Hauptausschuß des Reichstages.)

Waffenstillstand an der ukrainischen Front.

Ein neuer Baralong-Fall.

Der angebliche zweite Brief Kaiser Karls.

U-Bootbeute: 22 500 Br.-R.-To.

Krone und Wahlrecht.

Ein Moment ist in den über die Wahlrechtsverhandlungen im preußischen Abgeordnetenhause gepflogenen Debatten bisher nicht genügend beachtet oder doch zum wenigsten nicht mit der genügenden Konsequenz zu Ende gedacht worden, das ist die Frage, inwieweit die zweifellos durch das gleiche Wahlrecht eintretende Radikalisierung des Parlaments imstande ist, die Macht der Krone fürsorglich zu beeinflussen. Der konservative Abgeordnete v. Heydebrandt hat allerdings in dankenswerter Weise die Vertreter der Regierung zu einer Aeußerung hierüber veranlaßt, aber die Antwort vom Ministertisch, die im Ausschuß vorher schon einmal mit peinlicher Sorgfalt vermieden war, klang nicht gerade nach einem besonders guten Gewissen. Da der Träger der Krone davon verständigt werden mußte, wenn die Regierung gegen den ausdrücklich in der Osterbotschaft festgelegten Willen, die Wahlrechtsvorlage so rechtzeitig einzubringen, daß die nächsten Wahlen unter dem neuen Gesetz stattfinden könnten, aber doch nicht ohne die Kämpfer der Front über ihre Meinung zu hören, die Vorlage mit einer durch nichts begründeten Hast und Ueberstürzung fertigstellte und dem Landtage zugehen ließ, ist eine Selbstverständlichkeit, auf die die Antwort überflüssig war. Sie ist ja schon aus der königlichen Unterschrift der Gesetzentwürfe gegeben. Aber hiernach hat Herr v. Heydebrandt ja gar nicht gefragt. Was ihn und die Gesamtheit aller königstreuen Volksschichten beunruhigen mußte, ist vielmehr die Frage, inwieweit die ganze Materie des gleichen Wahlrechts mit ihren vorauszusehenden und noch gar nicht zu überblickenden Folgen zur Kenntnis des Trägers der Krone von dem verantwortlichen Minister gebracht worden ist. Und weiter, ob der König gewußt habe, daß die Parteien unter sich bereits beraten, wie sie ein neues Wahlgesetz schaffen könnten, ohne solche Folgen heraufzubeschwören, wie sie sich jetzt ergeben. Die Antwort auf die Frage, die hierüber Aufklärung verlangte, war nicht so, daß man klar sehen konnte. Man fühlte, diplomatische Geschicklichkeit sollte helfen; kein Grund also, daß neue Zweifel erwuchsen, ob die Krone wirklich in vollem Ausmaß und, wie es bei einer derart in das ganze Verfassungsleben tief einschneidenden Angelegenheit notwendig gewesen wäre, von den Folgen, welche die Einführung des gleichen Wahlrechts notgedrungenermaßen nach sich ziehen muß, unterrichtet worden ist.

Direkt wird die Autorität der Krone nur durch die geplante Reform des Herrenhauses berührt; es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß auch eine Radikalisierung des Abgeordnetenhauses die Machtbefugnisse des Monarchen wesentlich zu berühren geeignet ist. Wir brauchen nur nach dem ebenfalls aus gleichen Wahlen hervorgegangenen Bundesparlament im Reiche hinüber zu sehen. Mehr als einmal ist dort von sozialdemokratischer und freisinniger Seite ein Vorstoß gegen monarchische Rechte unternommen worden. Erinnern wir uns daran, daß noch vor gar nicht so langer Zeit die Linke des Reichstages die Entscheidung über Krieg und Frieden für sich in Anspruch nahm, daß sie die Berufung der verantwortlichen Minister in ihr Amt als eine Angelegenheit des Parlaments zu usurpieren versuchte und durch die Einführung einer reinen Parlamentsherrschaft die Monarchie, unter deren starkem Schutz wir ein großes und geachtetes Volk geworden sind, zu einem Schattenkaisertum herabzudrücken bestrebt ist. Und erinnern wir uns weiter, daß die deutsche Sozialdemokratie offenkundig den Ausbruch der Revolution in Rußland als ein nachahmenswertes Ereignis begrüßte und in unzähligen Aufrufen und Flugblättern das Bekenntnis zum Umsturz ablegte. Dieselbe Sozialdemokratie, welcher mit dem gleichen Wahlrecht ein Geschenk gemacht werden soll, das für die Majorität auch im preußischen Abgeordnetenhause verhaßt.

Bislang war das Parlament in Preußen immer noch der ruhende Pol in dem Machthunger einer radikalen Minderheit gewesen, die alles andere in Anspruch nehmen kann als das Recht, das Volk vertreten zu wollen. Was die Reihen der sozialdemokratischen Wählerschaft stärkt, ist das ungeheure Heer der Mitläufer, der ewig unzufriedenen Elemente und der politisch Interessenlosen, die sich nur allzu leicht durch Schlagwörter und schöne Redensarten gefangen nehmen lassen. Es sind dies die fluktuierenden Bestandteile unseres Volkes, die ohne den Begriff der Tradition zu kennen, heute hier und morgen dort ihr Zelt aufschlagen. Ihnen sind die Ueberlieferungen der Geschichte meist herzlich gleichgültig, und von unserer großen Vergangenheit ist ihnen nichts mehr gegenwärtig. Sie glauben nur, daß sie in einem moralischen, der Auflösung zutreibenden Staate leben, in welchem es nur eine Partei gibt, von der eine Besserung kommen könne, die Sozialdemokratie. Im Reichstage haben sich diese Volksgenossen bisher nach Herzenslust ausleben können. Daß ihnen das Abgeordnetenhaus noch ein verschlossenes Paradies gewesen, ist ihr ewiger Kummer. Die Gefährlichkeit dieser Kreise beruht aber auf ihrem unersättlichen Machthunger. Sie wissen genau, daß sie unschädlich sind, solange sie nicht über die Macht, das ist die zahlenmäßige Mehrheit in der Volksvertretung, verfügen, welche ihnen in Preußen bislang versagt war, in dessen gesetzgebender Körperschaft eine königstreue und monarchisch gesinnte Gruppe zur Zeit noch die Mehrheit hat. Muß diese aber nach der Einführung des gleichen Wahlrechts einer Partei, welche sich offen zur Revolution bekannte, Platz machen, dann wird damit auch der Sturmbock an das feste Bollwerk herangetragen, das die festen Grundlagen des Staates noch in jeder Zeit geschützt hat. Es besteht die Gefahr, daß die starke preußische Monarchie zu einem Schattenkönigtum ohne Fleisch und Blut herabgezogen wird, und wir haben alle Ursache, vor dieser Gefahr nicht die Augen zu verschließen. Eine Beschränkung in der Wahlrechtsfrage muß hierauf besonders Bedacht nehmen. Das mögen auch die Parteien, die, wie die nationalliberale, zwar dem Fortschritt geneigt, aber doch die verfassungsmäßigen und überlieferten Rechte der Krone, welche dem Machthunger nivellierender Massenverführer erfolgreich die Wage zu halten vermochten, nicht aufzugeben gesonnen sind, nicht vergessen.

Heeres- und Flottenbericht.

Englische Angriffe am La Bassee-Kanal abgeschlagen.

Großes Hauptquartier, 14. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An den Kampffronten ließ die in den frühen Morgenstunden gesteigerte Feuertätigkeit im Laufe des Vormittags nach. Am Abend lebte sie wieder vielfach auf. Nach heftiger Feuerwirkung nördlich vom La Bassee-Kanal versuchten die Engländer am Abend starke Teilangriffe gegen unsere Stellungen nördlich und südlich von Givenchy. Sie wurden verlustreich zurückgeschlagen.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Erster Generalquartiermeister Ludendorff.

* * *

Wieder 22 500 Br.-R.-To. im Aermelkanal versenkt.

Berlin, 13. Mai. (Amtlich.) Eines unserer in Flandern stationierten U-Boote, unter dem Kommando des Oberleutnants z. S. Lohs, hat neuerdings während einer 100stündigen Unternehmung im östlichen Teil des Aermelkanals bei schärfster feindlicher Gegenwirkung 7 bewaffnete Dampfer mit zusammen 22 500 Br.-R.-To. versenkt, darunter 2 wertvolle, mit mehreren Geschützen bewaffnete, 5000 Br.-R.-To. große Schiffe. Die Dampfer waren, mit einer Ausnahme, tiefbeladen und zwar, wie aus dem Ort der Versenkungen mit Sicherheit geschlossen werden kann, vorwiegend mit Kriegsmaterial für den Feind. Die Unternehmung des bewährten Kommandanten stellt eine hervorragende Leistung dar.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Vom Krieg und Frieden.

Aus dem Westen

Die Kämpfe im Avre-Oise-Abschnitt.

Berlin, 13. Mai. Im Avre-Oise-Abschnitt ließ die rege Artillerie- und Patrouillentätigkeit der Franzosen am 15. Mai nach. Mehr als Regen und schlechte Sicht hinderte sie das deutsche Zerstörungsfeuer, das mit großer Stärke auf den französischen Lagern, Anmarschwegen und Sammelräumen lag. Patrouillen, die die Franzosen in der Gegend Montdidier und im Oise-Abschnitt vortrieben, wurden leicht abgewiesen. Ein deutsches Vorposten-Unternehmen hatte in Gegend Suzun trotz starker Gegenwehr der Franzosen vollen Erfolg. Unter geringen eigenen Verlusten wurden zahlreiche Gefangene und einige Maschinengewehre aus den französischen Stellungen geholt.

Ypern ein Trümmerhaufen.

Zürich, 13. Mai. Von der englischen Front wird berichtet: Auf Ypern fallen täglich 800 Granaten. Ein Viertel der Stadt liegt in Trümmern.

Clemenceau über die deutsche Zähigkeit.

Zürich, 13. Mai. Im Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten in Paris teilte Clemenceau nach seiner Rückkehr von seiner letzten Frontreise am Donnerstag mit, es verlaufe alles gemäß den Wünschen Fochs. Der Feind sei aber von einer Zähigkeit und Hartnäckigkeit, daß ein baldiges Ende des Krieges nicht zu erwarten sei.

Entente cordiale.

Mehrere Engländer in Bethune ermordet.

Zürich, 13. Mai. Nach einem Briefe, den ein französischer Staatsangehöriger aus Bethune an schweizerische Verwandte in der Schweiz richtete, ist das Verhältnis zwischen Engländern und Franzosen in Bethune das denkbar schlechteste. Die Erbitterung der französischen Bevölkerung gegen die Engländer sei derart stark, daß bereits in den letzten beiden Wochen mehrere Engländer in Bethune ermordet wurden.

Vergebliche französische Vorstöße in den Vogesen.

Berlin, 13. Mai. Am Abend des 10. Mai griffen französische Stoßtrupps in Kompagniestärke unsere Stellungen im oberen Münstertal (Vogesen) an. Sie blieben im gutliegenden Feuer der Artillerie und der Maschinengewehre noch vor unserer ersten Linie liegen. Unter schweren Verlusten mußten sie in die eigenen Gräben zurückgehen. Unsere Verluste bestehen aus einem Leichtverwundeten. Trotz des französischen Munitionsaufwandes von etwa 5000 Schuß, darunter Gasgranaten, und trotz Ablenkungsfeuer auf einen benachbarten Frontteil ist das ganze Unternehmen vollkommen gescheitert.

Das Fiasko der Irenpolitik Lloyd Georges.

Rotterdam, 13. Mai. „Manch. Guard." meldet: Sowohl die Militärvorlage für Irland wie die Homerule soll fallen gelassen sein.

Der Seekrieg

Neue Baralong-Taten.

Berlin, 13. Mai. Zu dem am 2. März gemeldeten Verkust zweier Vorpostenboote westlich Ostende berichtet ein soeben aus Frankreich zurückgekehrter Austauschgefangener, daß die Boote torpediert worden waren. Die Engländer haben ruhig zugesehen, wie die Mannschaften der versenkten Boote zum größten Teile allmählich ertranken. Nur ein kleiner französischer Kreuzer habe acht Mann aufgenommen.

Das Gebahren der Engländer verdient um so mehr unsere Verabscheuung, als mit den Fahrzeugen selbst nur ganz wenige Mann untergegangen sind, die Besatzung vielmehr Kopf an Kopf im Wasser geschwommen hat und die äußeren Umstände eine Rettung ohne Mühe gestatteten.

Englischer Minensucher torpediert.

London, 12. Mai. Die Admiralität meldet: Der britische Minensucher „Stoop" ist am 6. Mai von einem deutschen U-Boot torpediert worden und gesunken. Zwei Offiziere und zehn Mann werden vermißt.

Der Kreuzer „Vindictive" versenkt.

Berlin, 13. Mai. Der englische Kreuzer „Vindictive" war nicht mit Zement beladen und ist auch nicht von den Engländern gesprengt, sondern von uns zum Sinken gebracht worden.

Der französische Marineminister über den U-Bootkrieg.

Bern, 12. Mai. „Temps" meldet: Der Marineminister Lengues erstattete gestern dem Kriegsmarineausschuß der Kammer ausführlichen Bericht über die Lage zur See. Bezüglich des U-Boot-Krieges führte Lengues aus, die Lage hat sich allerdings dank der vereinigten Anstrengungen der alliierten Marinen gebessert, sie sei aber immer noch sehr ernst. Die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919180515-10/fragment/page=0001

Bemühungen zur Bekämpfung der U-Boot-Gefahr dürften noch lange nicht nachlassen, ganz besonders deshalb nicht, weil die Mittelmächte anscheinend neue U-Boote in Dienst gestellt hätten, und mit diesen eine großzügige Offensive beabsichtigten.

Aus dem Osten

Waffenstillstand an der ukrainischen Front.

Kiew, 13. Mai. Unterm 5. Mai wird gemeldet, daß russische Parlamentäre bei Kursk an der Front eingetroffen seien und den Waffenstillstand für einen Teil der Front angeboten haben. Der Vorschlag wurde angenommen. An einem Teil der Front ruhen die Waffen, an anderen Stellen donnern aber noch die Kanonen. Man hofft, daß sich der Waffenstillstand immer weiter ausbreiten wird.

Mitglieder der Zarenfamilie in deutscher Hand.

Berlin, 15. Mai. Die Kaiserin-Witwe von Rußland, die Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, Peter Nikolajewitsch und Alexander Michaelowitsch sind auf dem Gute Djulbar südlich Jalta auf der Krim in unsere Gewalt gefallen. Sie waren bisher von 25 Matrosen bewacht und völlig von der Außenwelt abgeschnitten.

Der „B.-L.-A. bemerkt zu der vorstehenden Meldung: „Besondere Genugtuung wird es jedenfalls in Deutschland hervorrufen, daß auch der ehemalige Oberbefehlshaber der russischen Armeen, der Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch, jetzt in unserer Hand ist. Er war bis zum Ausbruch des Krieges die Seele der deutschfeindlichen Strömungen am Zarenhofe und in der hohen russischen Gesellschaft, und hat es als Inhaber der höchsten militärischen Gewalt während des Feldzuges an Kundgebungen des Hasses gegen uns nicht fehlen lassen. Trotzdem darf er sich im deutschen Machtbereich vor Ungerechtigkeiten in höherem Grade sicherer fühlen als in seiner bisherigen Gefangenschaft. Jedenfalls hat uns der kurze Feldzug in der Krim mit seiner Person eine Beute eingebracht, deren wir uns mit vollem Recht von Herzen freuen können.

Kritische Lage der großrussischen Sowjetregierung.

Berlin, 13. Mai. Aus Großrußland liegt ein anscheinend stark verstimmelter Funkspruch aus Moskau vor, der zugesteht, daß die Sowjetregierung sich in höchst kritischer Lage befindet, zu deren Beseitigung neben einer Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes auch eine starke sozialistische Armee notwendig sei. Es sei bisher nicht gelungen, die Kapitalisten und Großgrundbesitzer ganz zu enteignen. Es bedürfe einer völligen bedingungslosen Unterordnung unter die Diktatur des Proletariats, die bis zum Ende durchgeführt werden müsse. Die Sowjetregierung hat anscheinend erkannt, daß es mit der Roten Garde nicht geht, deshalb soll diese wieder aufgehoben und durch eine Rote Armee mit Offizieren der alten kaiserlichen Armee ersetzt werden, unter Wiederherstellung der strengsten Disziplin. Daß dieser Entschluß indessen schon zu irgendwelchen Erfolgen geführt hätte, läßt sich vorläufig nicht behaupten.

Aus der Ukraine.

Berlin, 13. Mai. Die Nachrichten, die aus Kiew vorliegen, lauten überwiegend günstig. Der General Skoropadski hat mit dem Ministerpräsidenten und mehreren Mitgliedern der neuen Regierung beim deutschen Oberkommando vorgesprochen, wo die Herren im allgemeinen einen günstigen Eindruck hinterließen. Sie machen kein Hehl daraus, daß die Wiederbelebung der völlig zerstörten Volkswirtschaft des Landes eine Politik der starken Hand erfordere, und daß die Regierung dabei durchaus auf die militärischen und wirtschaftlichen Machtmittel des Deutschen Reiches angewiesen sei. Auf der anderen Seite machen sich Anzeichen einer starken Agitation von österreichisch-ungarischer Seite in gewissem Sinne bemerkbar, anscheinend nur zur geringen Freude der neuen Regierung.

Englische Landung auf Kola.

Christiania, 13. Mai. Die Engländer haben, wie „Tidenstegn" meldet, 800 Soldaten bei Petschenga auf der Halbinsel Kola gelandet.

(Die von den Engländern ausgewählte Stelle befindet sich an der Nordküste der Halbinsel Kola dicht neben der norwegischen Grenze, und zwar auf dem Gebiet, das von den Bolschewisten an die Rote finnische Regierung abgetreten worden ist. Jedenfalls scheint die englische Landung darauf berechnet zu sein, ein Fußfassen Finnlands an der Eismeerküste zu verhindern, zugleich aber auch eine neue Etappe auf der englischen Eismeerstraße zu schaffen.)

Der Krieg gegen Italien

Rege Gefechtstätigkeit an der italienischen Front.

Wien, 13. Mai. (Amtlich.) An der italienischen Gebirgsfront ist die Kampftätigkeit andauernd rege.

Der Chef des Generalstabes.

Englischer Fliegerangriff auf Cattaro.

Wien, 13. Mai. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Am 11. Mai nachmittags griffen sechs englische Flugzeuge den Kriegshafen Cattaro mit Bomben an, ohne Verluste oder Sachschaden zu verursachen. Eines der Flugzeuge ist abgestürzt. Seine Insassen wurden unverletzt gefangen.

Der Krieg mit Amerika.

Der Kampf gegen das Deutschtum in Amerika.

Basel, 12. Mai. Der „Daily News" wird aus Newyork berichtet, daß die Newyorker und die Chicagoer Presse einstimmig die Einführung eines Gesetzes fordern, durch das der Gebrauch der englischen Sprache allen amerikanischen Bürgern zur Pflicht gemacht werden soll. Diese Agitation richtet sich natürlich gegen die Deutschamerikaner und ihr Festhalten an der deutschen Sprache. Die deutschamerikanischen Zeitungen werden allgemein boykottiert. Die letzte deutsche Zeitung in Brooklyn hat ihr Erscheinen eingestellt.

Amerikanische Flottenstation auf den Azoren.

Genf, 12. Mai. Das „Journal" bestätigt heute, daß die Vereinigten Staaten auf den Azoren eine Flottenbasis errichtet haben. Die Inseln sind von amerikanischen Truppen mit Artillerie- und Flugzeugparks besetzt.

Die Lage auf dem Balkan

Der bulgarische Generalissimus über Griechenland.

Sofia, 12. Mai. Generalissimus Jekoff hat in einer Unterredung folgende Erklärungen gegeben:

Die Lage an unserer Südfront ist sehr zufriedenstellend. In diesem Augenblick, wo sich Griechenland mit uns im Kriegszustand befindet und wo die ganze griechische Armee an den Kämpfen gegen unsere Truppen teilnimmt, versuchen gewisse Politiker und gewisse griechische Blätter vergeblich zu beweisen, daß Griechenland in zwei Lager geteilt ist, in dasjenige Venizelos und in das des früheren Königs Konstantin, von dem Wunsche beseelt, aus dieser dualistischen Politik Vorteil zu ziehen. Wir kennen die Kriegslisten der griechischen Treulosigkeit und wir können offen sagen, daß die griechischen Ränke niemand täuschen oder verwirren werden. Was der bulgarische Soldat ausgeführt hat, ist über jedes Lob erhaben und bildet die sichere Gewähr, daß die bulgarische Erde in ihrem Schoß alle ihre Kinder aufnehmen wird, die in einer mehr oder minder weiten Vergangenheit unter fremdem Joche seufzen.

Der Besuch, den uns Kaiser Karl dieser Tage machen wird, ist eine lebhafte Kundgebung der Bande der Freundschaft, und das Bündnis, das den Herrscher Oesterreich-Ungarns mit dem König der Bulgaren verknüpft, wird die gegenseitige Liebe der beiden verbündeten Völker bekräftigen.

Die Neutralen

Islands Selbständigkeit.

Christiania, 13. Mai. Wie norwegische Blätter aus Island berichten, ist man in allen Kreisen Islands gewillt, die isländische Selbständigkeit durchzuführen. Vornehmlich die Sozialisten haben sich eng zusammengeschlossen, um auf der Forderung zu bestehen. Eine sozialdemokratische Abordnung ist ebenfalls nach Kopenhagen entsandt worden. Die in London weilenden Abordnungen sollen bereits von der englischen Regierung zustimmende Erklärungen erhalten haben.

Das Friedenshindernis.

Wilson gegen Englands Friedensbereitschaft.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Von gutunterrichteter Seite erfahre ich, daß sich der Schwiegersohn Stolypins, Herr v. Bock, der in Berlin lebt, geäußert hat, England wäre schon im März 1917 zum Frieden bereit gewesen, hätte aber seinen Friedenswillen aufgeben müssen, weil Wilson sich gegen den Frieden aussprach, da er den Verlust des in England untergebrachten amerikanischen Geldes befürchtete.

In eingeweihten Kreisen wußte man schon lange, daß in England der Wunsch nach Frieden lebendig ist, England heute aber nicht mehr allein über Krieg und Frieden entscheiden kann. Tatsächlich sind die Mitteilungen des Herrn v. Bock zutreffend. Nur darin besteht ein Irrtum, daß England im März 1917 den Friedenswillen bekundet haben soll. Wie man an unterrichteter Stelle in Berlin weiß, beziehen sich diese Mitteilungen auf die Haltung Englands und die Vorgänge im Oktober vorigen Jahres. Damals hat England tatsächlich sehr ernsthaft Friedensfühler ausgestreckt. Die Unterhändler glaubten sogar eine Basis für den Frieden geschaffen zu haben, als England sich plötzlich zurückzog und von Verhandlungen nichts wissen wollte. Jetzt erst wird bekannt, was die eigentliche Ursache dieser englischen Sinnesänderung war. Herr Wilson lehnte sich gegen den Frieden auf! Wir sehen hier: Amerikas Geld will die Fortsetzung des Krieges, der Krieg in Europa dauert an, weil — die Regierung der Vereinigten Staaten die Verantwortung übernommen hat, für die Sicherheit des amerikanischen Geldes zu sorgen.

Und unter welchem Deckmantel ist Amerika in den Krieg getreten? Der U-Bootkrieg war's, der Wilson „außer Fassung brachte", der ihn „zwang", die Beziehungen mit Deutschland abzubrechen, der ihm Anlaß gab, vom einer „völkerrechtswidrigen Waffe" der Deutschen zu reden. Die Kriegserklärung kam, gekleidet in die edle Phrase: Amerika kämpft für Recht und Gerechtigkeit, Amerika führt den Krieg für die Unterdrückten. Es will den preußischen Militarismus, das Kaisertum beseitigen, das deutsche Volk befreien (!). Nun wissen wir (bestätigt durch unleugbare Beweise), was wir immer schon vermuteten, daß der eigentliche Grund, der Wilson zu unserem Feinde machte, das amerikanische Kapital war. Wilson stand seiner Zeit auf und bot seine Vermittelung an, wollte den Frieden, weil er hoffte, England werde hierbei günstig abschließen und Amerikas Geld damit retten. Er ließ rasch von seinem Plane ab, als er einsehen mußte, daß der Frieden für England kein Gewinn sein konnte. So schlug er sich auf die Seite der Entente, nicht um der Gerechtigkeit willen, sondern weil er einen Sieg Englands erzwingen mußte. Nicht die Liebe zu England, nicht das Mitleid mit Belgien, das immer jenseits des Wassers geheuchelt wurde, waren die Triebfedern der Wilsonschen Politik. Krasse Geldgier ist der Grund des verlängerten Blutvergießens.

Es fragt sich heute — und das wissen wir noch nicht — wie Wilson jetzt denkt, was er plant. Jedenfalls ist er konsequent darauf bedacht, in Europa sich Völker zermürben zu lassen, um entweder aus dem Sieg oder dem Zusammenbruch Englands und seiner Verbündeten seinen Vorteil zu ziehen. Sollte diese Erkenntnis nicht der Entente auch aufdämmern? Einmal muß sie das gefährliche Spiel des Gauklers Wilson doch erfahren. Wer die Schuld am Krieg trägt, ist durch den Prozeß Suchomlinow und durch die belgischen Archiv-Akten bekannt geworden, wer die Geduld an der Verlängerung des Krieges trägt, wird jetzt einwandfrei festgestellt.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Die Monarchen-Zusammenkunft im Großen Hauptquartier.

Berlin, 13. Mai. Der Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn hat am 12. Mai dem Kaiser und König im Großen Hauptquartier einen Besuch abgestattet. In der Begleitung Kaiser Karls befand sich außer dem persönlichen Gefolge der Minister des Aeußern Grf Burian, der Chef des Generalstabes Freiherr von Arz und der k. und k. Botschafter in Berlin Prinz zu Hohenlohe. Von deutscher Seite nahmen an der Begegnung teil der Reichskanzler, Feldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff, Staatssekretär von Kühlmann und der kaiserliche Botschafter in Wien Graf von Wedel.

Zwischen den hohen Verbündeten und ihren Ratgebern fand eine herzliche Aussprache und eine eingehende Beratung aller grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fragen statt, die das gegenwärtige und zukünftige Verhältnis zwischen den beiden Monarchen berühren. Hierbei ergab sich volles Einvernehmen in allen diesen Fragen und der Entschluß, das beiderseitige Bündnisverhältnis auszubauen und zu vertiefen. Die Richtlinien der in Aussicht genommenen vertragsmäßigen Abmachungen stehen bereits grundsätzlich fest.

In dem Gang der Besprechungen trat erfreulicherweise zutage, wie hoch von beiden Seiten das nunmehr auch im Verteidigungskrieg erprobte langjährige Bündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche bewertet wird.

* * *

Die ganze Fassung der amtlichen Meldung über die Zusammenkunft der beiden Monarchen und ihrer ersten politischen Ratgeber läßt erkennen, daß den Besprechungen eine große politische Bedeutung beizumessen ist. Ganz abgesehen von den neuen gegenseitigen Zusicherungen des unbrechbaren Zusammenhaltens bis ans Ende des Krieges, kommt in der abschließenden Regelung „aller grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fragen" zum Ausdruck, daß der „Mitteleuropa"-Gedanke von neuem in den Vordergrund getreten ist. Es ist zu hoffen, daß die Oeffentlichkeit bald Weiteres über die Beschlüsse und Abmachungen, die aus diesen Besprechungen und Beratungen erwachsen sind, erfährt. Dann wird es sich erweisen, ob der 12. Mai ein Markstein in der Geschichte Europas sein wird, für den wir ihn heute schon halten möchten.

Der „B. L.-A." schreibt zu der Kaiser-Begegnung: Die Zusammenkunft der beiden Kaiser, denen sich auch das Haupt des zweitgrößten Bundesstaates König Ludwig beigesellt hatte, ist ein weltpolitisches Ereignis ersten Ranges, das angesichts der gewaltigen militärischen Spannung im Westen, die wir jetzt durchleben, besonders dazu angetan ist, uns hoffnungsvoll und zuversichtlich den weiteren Erfolgen des deutschen Schwertes entgegensehen zu lassen.

Englischer Schwindel über die deutsch-russischen Beziehungen.

Berlin, 13. Mai. Reuter meldet angeblich aus Moskau, der deutsche Gesandte Graf Mirbach habe dem Volkskommissariat ein Ultimatum der deutschen Regierung mit einer Reihe von Forderungen überreicht, deren Annahme Rußland zu einem deutschen Schutzgebiet machen würde. Das W. T. B. ist zu der Feststellung ermächtigt, daß diese Nachricht jeder Begründung entbehrt. Die mit dem Volkskommissariat geführten Verhandlungen stehen durchaus auf dem Boden des Brester Friedensvertrages und betreffen lediglich die technische Durchführung der darin geführten Vereinbarungen. Sie werden in absolut versöhnlichem Ton geführt und sind ihrer ganzen Natur nach nicht dazu angetan, auch nur den Anschein eines Ultimatums zu erwecken. Reuter beabsichtigt offenbar durch derartige Lügen den schlechten Eindruck zu verwischen, den die Drohungen der Entente bezüglich Sibiriens bei der russischen Regierung hervorgerufen und diese sogar zu der Forderung der Abberufung des französischen Gesandten und einiger Ententekonsuln veranlaßt haben.

Gothein und Haas kaltgestellt.

Zum Vorstoß Erzbergers hört der „B. L.-A", daß die Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei beschloß, sich in Fragen der auswärtigen Politik im Hauptausschuß durch die Herren Fischbeck und Müller-Meiningen an Stelle der Abgg. Gothein und Haas vertreten zu lassen. Beide Herren stehen in Fragen der Ostpolitik auf dem vom Vizekanzler v. Payer vertretenen Standpunkt und mißbilligen den jüngsten Vorstoß des Abg. Erzberger, der die Unterstützung Gotheins gefunden hatte.

(Die Fortschrittler ziehen aus den unerfreulichen Vorkommnissen im Hauptausschuß die Konsequenzen. Wird sich das Zentrum dem nicht auch endlich bereit finden können, gegen den vorschlußlustigen Erzberger einen moralisch gebotenen Vorstoß zu unternehmen und ihm als „Zentrums"-Vertreter den Mund zu stopfen.)

Hänel †.

Berlin, 13. Mai. Die Abendblätter melden den Tod des früheren langjährigen fortschrittlichen Reichstags- und Landtagsabgeordneten Albert Hänel in Kiel.

Neue Niederlage der „Unabhängigen".

Zwickau, 13. Mai. Bei der heutigen Reichstagsersatzwahl im Zwickauer Wahlkreise wurden nach dem bisher vorliegenden Ergebnis abgegeben für Meier (Soz.) 12 433 Stimmen, für Hederi (Unabhängiger Soz.) 5036 Stimmen. Die Wahl Meiers dürfte ohne Stichwahl als gesichert gelten, da nur noch einige kleinere Orte fehlen. Der Wahlkreis war bekanntlich bisher im Besitze der Unabhängigen.

Vom Auslande

Der österreichische Kriegsminister — Generaloberst.

Wien, 13. Mai. General der Infanterie Freiherr von Sidger Steiner, der österreichisch-ungarische Kriegsminister, ist zum Generaloberst ernannt worden.

Eigene Verwaltung für das Donau-Delta.

Bukarest, 12. Mai. Das Amtsblatt veröffentlicht ein königliches Dekret, demzufolge unter Vorbehalt der späteren Zustimmung der Kammern das Gebiet des Donaudeltas eigene Verwaltung mit dem Sitz in Sulina bekommt. Die Richtlinien für diese Verwaltung wird der Ministerrat jeweilig festsetzen.

Der angeblich zweite Kaiserbrief.

Rotterdam, 11. Mai. Der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian" meldet:

Der zweite Brief des Kaisers Karl ist anscheinend wichtiger als der erste. Der Kaiser erklärte in dem zweiten Briefe, er sei überzeugt, daß er Deutschland bewegen könne, Frieden zu schließen unter der Bedingung, daß die Alliierten ihre territorialen Forderungen auf Elsaß-Lothringen beschränkten. Die besetzten Gebiete sollen selbstredend geräumt und die Unabhängigkeit und Souveränität Belgiens wieder hergestellt werden. Der Kaiser sagte, er habe sich bereits der Zustimmung Bulgariens versichert. Der Kaiser ersuchte, den privaten Charakter des Briefes durchaus zu achten. Die französische Regierung habe übrigens auf Ehrenwort erklärt, ihn nicht verraten zu wollen. Poincare schlug während der Verhandlungen vor, daß die Monarchie im Tausche gegen Schlesien Triest und Trentino an Italien abtreten sollte, aber Kaiser Karl antwortete, daß ein sehr wichtiges Bedenken dagegen bestehe, daß nämlich die Monarchie Trentino besetzt halte, daß aber Frankreich Schlesien nicht besetzt habe.

Ribot antwortete auf die durch den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten vorgelegten Frage, daß er zu wählen habe zwischen der Ablehnung des Vorschlages der Monarchie und dem Bruch mit Italien. Ribot hat gestanden, daß Lloyd George erst nach langem Zögern der von Sonnino gewünschten ablehnenden Antwort beistimmte. Lloyd George hat also angeblich mehrmals die Wichtigkeit der österreichischen Vorschläge hervorgehoben und den Wunsch befürwortet, eine schöne Gelegenheit, um Frieden zu schließen, nicht vorübergehen zu lassen. Poincare machte jedoch prinzipielle Einwendungen gegen alle Friedensverhandlungen und behauptete, daß der Krieg nur mittels völligen militärischen Sieges der Entente beendet werden könnte.

Der Korrespondent des „Manchester Guardian" teilt weiterhin mit, daß im vorigen Sommer abermals Papst

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919180515-10/fragment/page=0002

schläge genauer worden seien, und zwar an Briand. Der Korrespondent wiederholt die frühere Mitteilung, derzufolge Ribot alle Alliierten über die Briefe des Kaisers Karl zu Rate gezogen habe. Die russische und die amerikanische Regierung seien erst informiert worden, nachdem die Vorschläge abgelehnt worden waren.

(Wie das Wiener k. u. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau von zuständiger Stelle erfährt, existiert der in vorstehendem Artikel wiedergegebene angebliche Brief Sr. Kaiserl. und Kgl. Apostol. Majestät nicht und muß dies als ein neuerliches Machwerk der Entente bezeichnet werden.)

In der „Voss. Ztg." beschäftigt sich Georg Bernhard ziemlich eingehend mit der Veröffentlichung des „Manch. Guard.", die er nicht vollständig ins Reich der Erfindungen verweisen will, weil er nicht annehmen kann, daß ein Blatt von der Vergangenheit und Art des „Manch. Guard." eine derartige Fälschmeldung ungeprüft veröffentlichen würde. Bernhard schreibt u. a.:

Zunächst scheint die Darstellung auf die Verteidigung Lloyd Georges berechnet, indem der Nachweis geführt wird, daß er keineswegs gegenüber „vernünftigen" Friedensvorschlägen auf seinem Knock-out-Standpunkt beharrt. Dann aber soll anscheinend auch den Franzosen klar gemacht werden, daß insbesondere Poincare als der Vater der Hindernisse angesehen werden muß. In dieser Darstellung der Dinge ergiebt der „Manchester Guardian" einmal eine bengalische Beleuchtung der englischen Friedensbereitschaft und zweitens eine Unterstützung der gegen Clemenceau und Poincare stehenden französischen Friedensfreunde, die bisher ihre große Macht in der französischen Kammer nicht zu einer wirklichen Aktion gegen Clemenceau und Poincare auszunutzen gewagt haben.

Wenn man die Veröffentlichung des „Manchester Guardian" so versteht, dann entsteht natürlich die Frage, ob man zu solchen Wirkungen eine in allen Teilen erfundene Darstellung benutzen konnte. Denn es wäre natürlich für Poincare ein leichtes, aktenmäßig das Gegenteil nachzuweisen. Wir können uns deshalb nicht ohne weiteres entschließen, den gesamten Inhalt der Pariser Meldung des „Manchester Guardian" als völlig erfunden zu betrachten. Schon in der ersten Veröffentlichung Clemenceaus war von einem zweiten Brief des Kaisers Karl die Rede. Daß der Brief nicht so gelautet haben kann, wie der „Manchester Guardian" ihn jetzt veröffentlicht, steht für uns außer jeder Frage nach dem in dieser Beziehung zweifellos blindigen Dementi des Wiener amtlichen Telegraphenbüros. Aber auch dieses Dementi läßt natürlich die Möglichkeit offen, daß ein zweiter Brief des Kaisers vorhanden war, der wahrscheinlich viel harmloser gelautet hat, der aber doch den verschiedenen Kabinetten der Alliierten Veranlassung zu Verhandlungen untereinander bot.

Aus Stadt und Umgebung

Aus dem Kommunalparlament.

Es bedarf eigentlich keiner besonderen Betonung, daß unsere Kommunalparlamentarier am 13. Mai in ihrem schönen stimmungsvollen Sitzungssaal einen großen und bedeutungsvollen Tag hatten. Denn man wußte in der Bürgerschaft allgemein, heute sollen die großzügigen, auch finanziell „schwerwiegenden" Projekte des Ankaufs neuer Oefen im Gaswerk und der Beteiligung der Stadt an dem neuen Ueberlandbahnen-Unternehmen der Provinz verabschiedet werden. Zwei Vorlagen, wahrlich des Interesses aller wert. Aeußerlich sah man aber wenig hiervon. Die Plätze der Stadtväter bei weitem nicht alle besetzt, ja geringere Teilnahme wie sonst; im Zuhörerraum auch kein Interesse! Doch — ein ganzer Mann, der regelmäßige Besucher. Gewiß bei vielen Sitzungen wäre es schade um die schöne Zeit, die man in diesem Zuhörerraume totschlagen würde. Und trotzdem, mitunter lohnt sich die Anwesenheit bei den kommunalparlamentarischen Verhandlungen reichlich. Diesmal ganz bestimmt. Wenn auch der Verhandlungsstoff bekannt ist, man bekommt doch ein anderes anschaulicheres Bild aus der persönlichen Verfolgung des Ganges der Verhandlungen. So z. B. gestern an der Aussprache über den Ankauf neuer Oefen im Gaswerk. Man hörte das Erfreuliche, daß das Werk sich gut entwickelt und bekam gleich darauf die bittere Pille, von dem überraschend schnellen Verbrauch der teuren Oefen zu schlucken. Bedienung und Personal sind daran nicht schuld. Also muß die Ursache irgend wo anders zu suchen sein. Wo, das wissen die Götter. Das Werk nimmt ja jetzt Zuflucht zu einem neuen System, wohl in der Hoffnung, daß ihm damit mehr Glück beschieden soll. Dieser Hoffnung schließen wir uns an. Unter allen Umständen sollen die Kloenne-Oefen wirtschaftlich rentabler sein und das erscheint uns im Hinblick auf die städtischen Werke im allgemeinen schon viel wert. Sie erzeugen dazu auch ergiebigere Mengen Gas und dieser Umstand fällt noch mehr ins Gewicht, da man mit den alten abgebrauchten Oefen im kommenden Winter in größte Verlegenheit geraten wäre. Die Begründung der Vorlage mit der Sicherheit durch den Ersten Bürgermeister klang so klar und überzeugend, daß man sich dem Standpunkt der Notwendigkeit des Ankaufs des einen Kloenne-Ofens anschließen mußte. Andererseits hatte auch der Vorstoß des Vorstehers seine Berechtigung. Wenn es nämlich möglich gewesen wäre, den alten, in die Luft geflogenen Ofen billig zu reparieren und so leistungsfähig wie früher zu machen, dann hätte man besser von der Anschaffung eines neuen Ofens Abstand genommen. Man läßt sich ja gern überzeugen. So unser Vorsteher. Die Ofenreparatur ist in der erforderlichen Weise nicht durchführbar, erklärt der Magistrat, und Landesrat Bothe ist zufrieden. Vielleicht hat er sich dazu vom Ersten Bürgermeister über den Gasverbrauch in Merseburg in Zukunft belehren lassen. Wir glauben, daß der Verbrauch zwar nicht beträchtlich zurückgehen wird, wie Landesrat Bothe befürchtet, können uns jedoch auch nicht dem Optimismus des Ersten Bürgermeisters, wenigstens nicht in vollem Umfange, anschließen. Nehmen wir das Mittelmaß an, mit dem man schon zufrieden sein darf. Daß der Ankauf eines zweiten Ofens zurzeit abgelehnt wurde, ist durchaus in der Ordnung. Man legt jetzt nicht so ohne weiteres hunderttausend Mark unter den alte Eisen, selbst dann nicht, wenn angeblich das Material jetzt gerade billig zu haben ist.

Recht beschämend steht es um unser Bauwesen, was der Magistrat ja selbst resigniert zugeben muß. Die Regierungsstadt hat noch nicht einmal einen Bebauungsplan. Da wird es aber nun, allda so gewaltige Wohnungsprobleme an uns herantreten, mit der Anstellung eines Stadtbaurates die allerhöchste Zeit. Der neue moderne Geist im Magistrat und im Rathaus arbeitet immer erfolgreicher.

Das ist jetzt wieder durch den Entschluß der möglichst hohen finanziellen Beteiligung an dem Straßenbahn-Verkehrsunternehmen der Provinz bewiesen. Damit hat sich die Stadtverwaltung zusammen mit dem Kreis einen entsprechenden Einfluß gesichert und kann nun auch auf dem Gebiete der Verkehrspolitik Merseburg vorwärts bringen, so wie wir das nach den bisherigen Taten überhaupt in jeder Beziehung von ihr erwarten dürfen. In diesem Sinne begrüßen wir die Annahme der Vorlage und den weitausschauenden Blick von Stadt- und Kreisbehörde!

Personalveränderungen bei der Provinzialverwaltung.

Zum Landesbaumeister wurde ernannt der Regierungsbaumeister Knabe, bisher in Mühlhausen i. Th. Befördert wurden die Landessekretäre Pensing und Robert Schumann zu Oberlandessekretären, die Landessekretariatsassistenten Meyer, Müller, Zorn und Heinrich Fischer zu Landessekretären. Zur Anstellung gelangten die Bürodiätare Sernau, Schulze, Kuhne, Precht, Gentz und Nessel als Landessekretariatsassistenten, die Kanzleidiätare Harkenthal und Mehnert als Kanzlisten, die Hilfsbürodiener Schleicher und Lindemann als Bürodiener.

Auf sein 25jähriges Arbeitsjubiläum

beim Dachdeckermeister Hetzschold hier kann heute der Dachdecker August Epheser zurückblicken. Unseren herzlichsten Glückwunsch zu dem Jubeltage, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Weise ehrt.

Vaterländischer Frauen-Verein Merseburger-Stadt.

Am 4./5. Juni dieses Jahres will der Verein die Erinnerung an den Tag festlich begehen, an dem er vor 50 Jahren gegründet worden ist. Zur Feier dieses Gedenktages soll am Dienstag, den 4. Juni, abends 8¼ Uhr in der Turnhalle der Altenburger Schule in der Wilhelmstraße ein Konzert stattfinden, zu welchem der hier rühmlichst bekannte und beliebte Kammersänger Alfred Kase aus Leipzig, der schon am 6. d. M. hier unter dem stürmischen Beifall der Zuhörer bei einem Konzert des Mobilmachungs-Ausschusses vom Roten Kreuz seine große Kunst in den Dienst der Kriegswohlfahrt gestellt hat, seine Mitwirkung leihen wird. Außer ihm werden die Konzertsängerin Frl. Wilma Lamme und der Pianist Franz Moritz, beide aus Leipzig, mitwirken. Es verdient besonderer rühmender Erwähnung, daß die sämtlichen Künstler völlig unentgeltlich ihre Kunst der guten Sache leihen wollen. Für Mittwoch, den 5. Juni, nachmittags 4 Uhr ist das Weiteren ein Konzert im inneren Schloßhofe geplant mit Darbietungen eines Blas-Orchesters, mehrerer Männergesangvereine und einer Gruppe von Lautenspielerinnen, mit Kinderaufzügen und dergleichen und mit dem Verkaufe von Blumen, Kuchen, Zigarren, Postkarten usw. Der Gesamtertrag dieser Veranstaltungen wird den Kriegswohlfahrtszwecken des Vereins ausschließlich zu Gunsten der Stadt Merseburg zugute kommen. Anzeigen in den hiesigen Zeitungen werden rechtzeitig erfolgen.

Von der Preisprüfungsstelle des Regierungsbezirks.

Der Herr Oberpräsident hat die Ersatzmittelstelle für die Provinz Sachsen der Preisprüfungsstelle des Regierungsbezirks Merseburg in Halle angegliedert. Die dazu erlassene Bekanntmachung wird in der nächsten Nummer des Amtsblattes veröffentlicht werden.

Im Verein für Heimatkunde

hielt Oberlehrer Hemprich gestern einen Vortrag über Hermann Löns, den Dichter des Heimatschutzes und der Heimatpflege. Aus den zahlreichen Schriften des Dichters hatte der Vortragende die Stellen herausgesucht, in denen der Dichter kraftvoll die heimatliche Scholle gegen Ausbeutung und Zerstörung verteidigt und darauf hinweist, wie bedenklich für die innere Kultur des Menschen das rücksichtslose Streben nach äußerem Glück ist, wie die Gier nach schnellem, mühelosem Gewinn den Menschen auf eine unsittliche Stufe zurückwirft. Aus Löns „Blauem Buche" trug der Vortragende vor die beiden Gedichte „Verkoppelung" und den „Bohrturm", aus „Dahinten in der Heide" hörten wir den Abschnitt, wie der Bauer Volkmann die Gemeinde bewahrt, den bedenklichen Bohrvertrag der Berliner Gesellschaft anzunehmen. In dem „Blauen Buche" schildert Löns in dem Abschnitt „Teufelswerk" die verderbliche Wirkung der Industrialisierung auf die Heide. Ferner hörten wir aus dem Buche „Da draußen vor dem Tore" den Abschnitt „Die Mallhecke". Durch das Ausroden der Mallhecken hat nicht nur das Gesicht der Landschaft seine schönsten Züge verloren und die Tierwelt Einbuße erlitten, auch des Bauern innere Art hat sich nach der bedenklichen Seite verändert. „Kahl wird es in seinem Gemüte werden, kahl und arm wie alles Volk, dem sein Land nicht mehr bietet als Brot und Geld." Die liebende Versenkung in die Erforschung der Heimat durch Beobachtung und Sammlung ersehen wir aus Abschnitten der Bücher „Dahinten in der Heide" und der „Häuser von Ohlenhof" und wie auch echte Volksbildung in den Dörfern getrieben werden kann im letzten „Hansbur."

Rotes Kreuz.

Die Sammelbüchse in der Königlichen Kreiskasse ergaben den Betrag von 106,18 Mk.

Pfingstverkehr auf der Staatsbahn.

Die Kgl. Eisenbahndirektion Halle macht u. a. bekannt: Um der Ueberfüllung der Personenzüge während des diesjährigen Pfingstfestes zu begegnen, werden in der Zeit vom 16. bis 22. Mai dieses Jahres eisenbahnseitig folgende Maßnahmen durchgeführt: Fahrkarten werden nur am Reiseantrittstage, also nicht schon am Vortage verkauft, die Fahrt muß am ersten Gültigkeitstage der Fahrkarte angetreten werden. Der Fahrkartenverkauf beginnt frühestens 1 Stunde, auf kleineren Stationen ½ Stunde vor Zugabgang. Wenn die für den Zug vorgesehene Höchstzahl von Fahrkarten verkauft ist, wird dieses durch Aushang oder Ausrufen am Schalter bekannt gegeben. Bahnsteigkarten werden nicht verkauft, sind auch an den oben genannten Tagen nicht gültig. Doppelkarten oder Fahrkarten für die Rückfahrt werden nicht ausgegeben.

Fernbahn Halle-Merseburg.

Von der Fernbahn wird uns geschrieben: Am Freitag, 10. Mai, brach auf der Merseburger Straße in Halle an der Kreuzung Thüringerstraße ein Kohlengeschirr so auf dem Gleise zusammen, daß beide Gleise sowohl für den Stadtbahn-, als auch für den Fernbahnbetrieb vollständig gesperrt waren. Es wurde dadurch der Zug 3¼ Uhr von Halle nach Merseburg etwa eine Dreiviertelstunde festgehalten. Sobald die Sachlage gemeldet war, wurde sofort ein Sonderwagen von Ammendorf nach Merseburg gesandt, um dort den in der Bellevue-Weiche stehenden Zug durchzuholen. Die Rückfahrt dieses Sonderwagens konnte infolge Haltens des Vorwagens in der Weiche in Schkopau ohne Abwarten des Kreuzungswagens nicht erfolgen. Er ist in der Tat auch trotz des Abwartens unterwegs noch zu früh nach der Schkopauer Weiche gelangt, da er dort hinter dem Vorwagen noch halten mußte. Unterdessen war der Kohlenwagen in Halle beseitigt und der Betrieb konnte nunmehr wieder planmäßig eingestellt werden. Die besonders unterstrichene Behauptung, daß der Verkehr lediglich wegen der Privatarbeit der Sandverladung eine so empfindliche Störung erleiden mußte, ist unrichtig. Ursache der Störung war lediglich der Zusammenbruch des Kohlenwagens in Halle und die infolge davon auf der eingleisigen Strecke bedingte Sperrung der Magendurchfahrt. Sobald die Strecke zwischen Ammendorf und Merseburg zweigleisig ausgebaut sein wird, werden die Folgen derartiger Störungen nicht mehr in diesem Maße in Erscheinung treten können.

Die neuen Bierpreise

sind in Kraft getreten. Das Zehntel kostet bekanntlich ohne Unterschied der Schankstelle 4 Pf. Das vorschriftsmäßige Schaummaß gilt natürlich nach wie vor.

Also wird aus Coburg berichtet. Dort ist also das Bier billiger geworden; bei uns in Merseburg noch nicht!

Anmeldung von Einmachezucker.

Es wird darauf hingewiesen, daß die jetzige Anmeldung von Einmachezucker lediglich den Zweck hat, Unterlagen dafür zu gewinnen, in welchem Umfange nun Zucker oder Zuckerhonig gewünscht wird, damit seinerzeit die entsprechende Verteilung stattfinden kann. Eine alsbaldige Verteilung ist nicht beabsichtigt, da sonst zu erwarten wäre, daß in vielen Haushaltungen der Zucker aufgebraucht ist, ehe Früchte zum Einmachen zu kaufen sind

Im Zirkus Althoff

der auch gestern Abend guten Besuch aufzuweisen hatte, findet heute Dienstag Abend große Parforce-Vorstellung statt. Eine Dame aus Merseburg hat sich zum Reiten gemeldet. Mittwoch zwei Abschieds-Vorstellungen.

Kammer-Lichtspiele.

Ab heute Dienstag wird u. a. der aufregende spannende Detektiv-Film „Tresor Nr. 21" gezeigt.

An Lebensmitteln

gelangen nächste Woche Grieß, Kunsthonig und Knorrsuppen zur Ausgabe.

Mit der Ausgabe von Landeiern

wird fortgefahren. Auf Abschnitt F der Eierkarte erhält jede Person 1 Ei.

50 Gramm Butter

gibt es diese Woche auf alle Fettmarken. Verschiedene Lebensmittelstellen erhalten Butterschmalz.

150 Gramm Räbensaft

wird in der laufenden Woche auf den Kopf der Bevölkerung ausgegeben.

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

findet am 15. Mai bei Hoffmann, Obere Breitestraße, statt.

Aus Kreis und Nachbarkreisen.

Die Sorge um die 2000 Mark.

* Schkeuditz, 14. Mai. Wie gefährlich es ist eine größere Summe Geldes im Hause zu haben, mußte die Witwe Papst in der Kirchstraße erfahren. Sie bewahrte in der Kommode Papiergeld für rund 2000 Mk. auf, die ihr am Sonnabend gegen Abend auf unerklärliche Weise abhanden kamen. Sie konnten nur gestohlen sein und so wurde die Polizei sofort benachrichtigt, doch gelang es trotz eifriger Nachforschung nicht, den Verbleib des Geldes zu ermitteln. Am Sonntag abend nun wurde das Geld an anderer Stelle wieder vorgefunden. Wie es dahin gekommen ist, bleibt ein Rätsel.

Aus Provinz und Reich

Die Kupferabdeckung unserer Domtürme.

Halberstadt, 14. Mai. Der Krieg fordert immer neue Opfer. So hat die hiesige Dachdeckerfirma Paupel u. Müller mit dem Aufschlagen eines Gerüstes begonnen, um unsere Domtürme ihrer Kupferbedeckung zu entkleiden. Das Gewicht der auf den Türmen sitzenden Kupferplatten wird auf 200 Zentner geschätzt und der Erlös darauf auf 55 000 Mk. berechnet. Die Neubedachung soll mit Schieferplatten erfolgen, die ein künstlich altes Aussehen erhalten.

Die zweite Kanne Salatöl.

Halberstadt, 14. Mai. Im Anschluß an die Ergreifung eines der Einbrecher, die in Quedlinburg die Kriegsküche geplündert und unter anderem fünf Kannen Salatöl gestohlen haben, ist es der Kriminalpolizei gelungen, schon wieder einen Genossen dieses Diebeskleeblattes zu erwischen. Der Spitzbube kam zu einem hiesigen Fleischermeister, dessen Frau er in Abwesenheit des Meisters eine 25 Liter-Kanne voll der köstlichen Flüssigkeit zum Kauf anbot, wobei er log, er habe das Oel aus Rumänien mitgebracht. Die gute Frau, erfreut, ihrem Gatten nach langer Zeit wieder einmal Puffer braten zu können, griff mit beiden Händen zu und zahlte die geforderten 200 Mk. Als der Meister heimkam, schöpfte er, da er den Zeitungsbericht über die Ergreifung des ersten Oeldiebes gelesen hatte, sogleich Verdacht und benachrichtigte die Polizei, der es auch gelang, den Dieb in der Person eines verheirateten hiesigen Arbeiters zu ermitteln, der, gleich dem ersten Spitzbuben, seinen Truppenteil verlassen hat.

Gewaltiges Großfeuer.

Zeulenroda, 14. Mai. Durch ein gewaltiges Großfeuer wurde in einer der letzten Nächte in der hiesigen Firma G. Scheinflug ein Schaden von 60 000 Mk. angerichtet. Das Feuer zerstörte große Holzlager und viel fertiges Artikelmaterial. Es ist dies innerhalb weniger Monate der dritte Brand in hiesigen Großtischlereien. Man vermutet auch im jetzigen Falle wieder Brandstiftung.

Die Herstellung von Kriegsmöbeln.

Weimar, 14. Mai. In der jüngsten Vollversammlung der Handwerkskammer des Großherzogtums Sachsen berichtete Syndikus Stier über die Tätigkeit der Kammer auf dem Gebiete der Beschaffung von Kriegsmöbeln. Die Kammer hat sich zunächst abwartend verhalten, um bezüglich anderwärts gemachten Erfahrungen zu profitieren. Dann wurde ein Ausschuß gebildet, Entwürfe eingefordert und die Sache so weit gefördert, daß demnächst in sechs verschiedenen Städten des Großherzogtums Ausstellungen von Zimmereinrichtungen veranstaltet werden können. Die Preise werden nach den Herstellungskosten zuzüglich 10 Prozent festgesetzt. Die Lieferung erfolgt nur gegen Barzahlung, ein Zahlungsmodus, der durch staatliche oder kommunale Hilfe erleichtert werden kann. Die Herstellung von Kriegsmöbeln wird nur an Genossenschaften und nicht einzelnen Firmen vergeben.

Letzte Depeschen

Das gleiche Wahlrecht wieder abgelehnt.

Berlin, 14. Mai. Bei der dritten Lesung des Gesetzentwurfes betreffend die Wahlen zum Abgeordnetenhause wurden die Anträge auf Wiederherstellung des § 3 der Regierungsvorlage, der das gleiche Wahlrecht vorsieht, mit 236 gegen 185 Stimmen abgelehnt.

Neue Deutschenmorde im „Lande der Freiheit".

Nach einem Telegramm des „Allgemeen Handelsblad" aus Newyork vom 11. Mai ist es im Staate Illinois zu Ausschreitungen gegen die Deutschen gekommen, wobei ein Deutscher in Collinsville ermordet wurde. Die Regierung hat im Zusammenhang damit 12 Personen verhaften lassen und gegen vier Polizeigenten die Anklage wegen Pflichtverletzung erhoben.

Die Besprechungen im Großen Hauptquartier.

Wien, 13. (Mai. (Korr.-Bureau.) Zum heutigen amtlichen Bericht über die Begegnung zwischen Kaiser Karl und Kaiser Wilhelm und den beiderseitigen Staatsmännern im deutschen Großen Hauptquartier veröffentlichen die Blätter von unterrichteter Seite folgende erläuternde Bemerkung: Der alte Zweibund war auf der Grundlage der Verteidigung und war besonders gegen Rußland aufgebaut. Die Entwicklung im Weltkriege hat die Grundbedingungen dieses Bündnisses als solches nicht erschüttert, sondern im Gegenteil bekräftigt. Rußland als eigentlicher bedrohender Faktor der Mittelmächte hat auf lange Zeit aufgehört, für uns eine Gefahr zu bedeuten. Dagegen droht uns die ganze Welt der anderen Feinde mit Vernichtung. Unsere Verteidigung muß sich dieser Situation anpassen, dieses Verteidigungsbündnis hat im Rahmen des Völkerbundes, wie ihn die Entente angeblich anstrebt, vollen Platz. Der Völkerbund will Schutz gegen künftige Kriege. Der Zweibund will nichts anderes. Es ist klar, daß bei der Erörterung der Bündniserneuerung auch eine Reihe von Fragen politischer, militärischer und wirtschaftlicher Natur, die im engen Zusammenhang hiermit stehen, besprochen werden mußten.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919180515-10/fragment/page=0003

KASE singt am 4. Juni 1918 in der Turnhalle.
Vaterländischer Frauen-Verein Merseburg—Stadt.

Amtliche Anzeigen

Bekanntmachung.

Ich mache darauf aufmerksam, daß nach der Anordnung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die Schlachtungen aller Schaflämmer, Ziegenmutterlämmer, die in diesem Jahre geboren sind oder werden, verboten sind.

Merseburg, den 2. Mai 1918.
Der Königliche Landrat.
J. V.: von Grone.
Nr. 8114 L.

Bekanntmachung.

Die Fettmenge für die laufende Woche vom 12. Mai bis 18. Mai 1918 wird hiermit auf alle Fettmarken auf

50 Gramm

festgesetzt.

Merseburg, den 13. Mai 1918.
Der Königliche Landrat.
J. V: von Grone.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Wegwitz belegenen, im Grundbuche von Wegwitz, Band IV, Blatt Nr. 117, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der Frau Marie Trolldenier, geb. Dietmann in Wegwitz, eingetragenen Grundstücke, das Rittergut Wegwitz mit Zubehör, 195 h 94 ar 18 qm groß, Reinertrag 5971,68 M, Nutzungswert 1697 M, Gebäudesteuerrolle Nr. 1, 2, 6, 14, 20, 88, Grundsteuermutterolle Art. 1,24,58, Verzeichnis der Grundstücke Nr. 1 bis 30 am 29. Juni 1918, vormittags 9 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht — der Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 19 — versteigert werden.

Merseburg, den 17. April 1918.
Königliches Amtgericht.

Ausgabe von Rübensaft

von Mittwoch, den 15. Mai 1918 ab in nachstehenden Geschäften:

1. Konsum, Lauchstedterstr.,
2. „ An der Geisel,
3. Bergmann, Gotthardtstr.,
4. Dorn, Markt,
5. Weidling, Obere Breitestr.,
6. Traxdorf, Neumarkt,
7. Weißhahn, Neumarkt,
8. Trommer, Unteraltenburg,
9. Kulicke, Lindenstraße,
10. Wackernagel, Clobigkauerstraße,
11. Eckardt, Gotthardtstraße,
12. Albert, Schmalestraße.

Auf den Kopf des Haushalts werden gegen Vorlegung des Lebensmittelheftes

150 Gramm Rübensaft zum Preise von 15 Pfennig

zugeteilt.

Die Verkaufsstellen haben bei Abgabe der Ware die Nr. 1 auf der Innenseite des hinteren Umschlagdeckels des Lebensmittelheftes mit Tinte oder Tintenstift zu durchstreichen.

Merseburg, den 14. Mai 1918.
Das städt. Lebensmittelamt.
L.-A. II. 1357/18.

Ausgabe v. Butterschmalz

am Sonnabend, d. 18. Mai 1918.

Es werden zugeteilt: auf jede Kreisfettmarke und auf jede Zusatzfettmarke mit dem Aufdruck K. S. und G.

50 Gramm Butterschmalz zum Preise von 44 Pfennig.

Die Butterstellen:
Kunecke — Gutenbergstraße,
Konsum — Lauchstedterstraße,
Vogel — Roßmarkt,
erhalten anstelle von Butterschmalz auf jede Kreisfettmarke und jede Zusatzfettmarke mit dem Aufdruck K. S und G.

50 Gramm Butter zum Preise von 41 Pfennig oder 50 Gramm Auslandbutter zum Preise von 48 Pfennig.

Merseburg, den 14. Mai 1918.
Das städt. Lebensmittelamt.
L.-A. II. 1359/18.

Kirschen=Verpachtung.

Der Kirschanhang der Gemeinde Knapendorf soll
Sonnabend, den 18. d. Ms., nachmittags 4 Uhr,
im Gasthof daselbst verpachtet werden. Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben.

Knapendorf, d. 14. Mai 1918.
Der Gemeindevorstand.

Heidekraut

zu Streu- und Futterzwecken offeriert in Waggons
Albert Merkel,
Droyßig.

Grosses Orgel-Konzert

im DOM zu MERSEBURG
am 3. Pfingstfeiertage, Dienstag, 21. Mai 1918, nachmittags 5 Uhr.

— Ausführende: —

Dr. Ernst Schnorr v. Carolsfeld, Dresden (Orgel),
Fräulein Dora Poppen, Jena (Alt),
Fräulein Emmy Franke, Leipzig (Violine),
Dom-Organist A. Schumann (Orgelbegleitung.

Vortrags-Folge siehe Plakate.

Karten zu [illegible], 1.50, 1.— Mark von Donnerstag ab bei Brendel, Gotthardtstraße, Stollbergs Buchhandlung und im Domküsterhause.

Ausgabe von Lebensmitteln.

I.

Für die Zeit vom 20. bis 26. Mai 1918 werden auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt:
50 Gramm Gries zum Preise von 4 Pfg. auf Bezugschein Nr. 20,
250 Gramm Kunsthonig zum Preise von 38 Pfg. auf Bezugschein Nr. 21,
50 Gramm Knorrsuppen zum Preise von 20 Pfg. auf Bezugschein Nr. 22.

II.

Abgabe der Bezugscheine Nr. 20 bis einschl. 22
am Mittwoch, d. 15. u. Donnerstag, d. 16. Mai 1918.

III.

In der Volks- und Mittelstandsküche und in den Gastwirtschaften sind für Mittagessen abzugeben:
Bezugschein und Quittungsabschnitt Nr. 20.

IV.

Einreichung der Forderungsnachweise durch die Verkaufsstellen bis spätestens Freitag, den 17. Mai 1918, mittags 12 Uhr.

V.

Verkauf der Ware.

Der Verkauf der zugeteilten Ware erfolgt von Donnerstag, den 23. Mai bis einschließlich Sonnabend, den 25. Mai 1918 gegen Abgabe der Quittungsabschnitte.

Merseburg, den 14. Mai 1918.
L.-A. II. 1358/18. Das städtische Lebensmittelamt.

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

findet am 15. Mai 1918
bei Hoffmann, Obere Breitestraße Nr. 4:
nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 3101—3200
„ „ 3—4 „ „ „ „ 3201—3300
„ „ 4—5 „ „ „ „ 1— 100
statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch oder Fleischwaren besteht nicht.

Merseburg, den 14. Mai 1918.
L.-A. I 638/18. Das städtische Lebensmittelamt.

Aufmerksame Bedienung. — Mäßigste Preise.

Karl Tänzer

Merseburg Adolf Schäfers Nachf. Entenplan 7
Spezialgeschäft für
Braut- und Erstlings-Wäscheausstattungen.
Fernspr. 259.
Solide Qualitäten. — Große Auswahl.

200 Stück Schaflämmer

stehen Sonntag und Montag (Pfingsten) zum Verkauf.
Berthold Stöbe,
Ennewitz bei Schkeuditz (Kreis Merseburg).

Ordentliche Mädchen oder Frauen

als Hilfs-Arbeiterinnen für Druckerei sofort gesucht. Solche, die schon in Papiergeschäften beschäftigt wurden, erhalten den Vorzug.
Merseburger Tageblatt, Hälterstr. 4.

Zirkus P. Althoff, Merseburg

Heute Dienstag
Große Parforce-Vorstellung,
u. a. hat sich eine Dame aus Merseburg zum Reiten gemeldet.
?? Sussi ??
100 Mark Demjenigen, welcher Sussi reitet.
Morgen Mittwoch finden
2 letzte Dank- und Abschieds-Vorstellungen
statt. Nachmittags 4 Uhr:
Extra-Kinder- u. Familien-Vorstellung
und abends 8 Uhr:
Große Sport-Vorstellung.
Die Direktion.

Die grosse Mode!

Kunstseidene gestrickte Jacken
für Damen, junge Mädchen und Kinder
Kunstseidene gestrickte Blusen,
Kunstseid. gestrickte Kindermäntel
empfiehlt in sehr grosser Auswahl und vielen modernen Farben preiswert
H. Schnee Nachf.,
A. & F. Ebermann
HALLE a. S. Gr. Steinstr. 84

Kammer-Lichtspiele!!

Kleine Ritterstraße 3 Fernruf 529
Ab Dienstag bis Donnerstag:
„Tressorfach No. 21!"
Aufregender, spannender Detektiv-Film.
— 4 Akte. —
Hierzu ein prächtiges Beiprogramm.
Anfang 7½ Uhr.

Totaladd. National
Kontrollkassen
alle Arten gegen Barzahlung gesucht. Off. unter **J. M. 5011** an Exped. d. Bl.

Tomaten-Pflanzen
mit festen Topfballen in stärkster Ware
Trebst,
Entenplan 3. Nordstraße 2.

Freundlich gesunde
Wohnung
in besserem Hause, 1. Etage, von 2 Stuben, Kammer, Küche und Zubehör, elektrisches und Gaslicht vorhanden, an kinderloses, ruhiges Ehepaar sofort zu vermieten und zu beziehen. Wo? sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Suche Wohnung,
3 Zimmer, Küche, Zubehör.
Frau Anna Bethmann,
Langendorf b. Weißenfels.
Offerten mit Preisangabe bitte Lindenstraße 71 abgeben.

Heirat.
Wünsche mit Frl. od. kinderl. Wtwe., v. nicht z. gr. Figur, im Alter v. 25—32 Jahren zwecks Herbeiführung einer glücklich Ehe in Briefwechsel zu treten. Vermögen ca. 8—10 000 Mk. erwünscht. Uebern. elterl. Geschäft mit Hausgrundstück in Kreisstadt Thüringens. Bin ev., 1,62 m groß. Zuschriften mögl. mit Bild unt. **E. G. 112** an die Exp. d. Bl. Strengste Diskretion zugesichert. Vermittler verb.

Junge Dame wird als
Apothekenhelferin
ausgebildet. Angebote mit Lebenslauf u. Bild an die Geschäftsstelle d. Zeitung unter A. H.

Jung. Mädchen oder einf. Stütze
für kleinen besseren Haushalt bei guter Kost und guter Behandlung wegen Erkrankung möglichst bald gesucht.
Boye, Lauchstedt,
Am Theater 28 e ptr.

Lehmgräber und Lader stellt sofort ein Dampfziegelei Altranstädt, Station Großlehna.

Bekanntmachung.
Entgegennahme von Bestellungen auf
Lebensmittel
(u. a. Fruchtkonserven) Mittwoch, den 15. Mai 1918, nachmittags 6 Uhr, im Sitzungszimmer der städtischen Sparkasse.
Das städt. Lebensmittelamt.

Weitere Ausgabe v. Landeiern auf Abschnitt F der Eierkarte
am Mittwoch, den 15. Mai 1918, in allen städtischen Butterstellen.

Auf den Kopf des Haushalts werden für jeden Abschnitt F der Eierkarte 1 Ei zum Preise von 31 Pfg. zugeteilt.

Die Verkaufsstellen haben die eingenommenen Abschnitte mit dem Verkaufsbericht am Dienstag, den 21. Mai 1918, bis mittags 12 Uhr, an die Lebensmittelverteilungsstelle, Große Ritterstraße 5, abzuliefern.

Merseburg, den 13. Mai 1918.
Das städt. Lebensmittelamt.

Kaiser-Panorama
Hallesche Straße
Kaiser-Wilhelmshalle.
Täglich geöffnet von nachmittag 3 bis 9 Uhr abends.
Diese Woche:
Bilder aus dem Heiligen Lande.
Jerusalem, Tiberias, Jaffa, Berg Tabor, Bethlehem, Nazareth usw.

Martini's Waldhaus
Mücheln Telef 203
Herrlichster Ausflugsort des Geiseltales.
Spezialität:
Waldhausfruchtweine
Waldhausbowie.

Kirschen=Verpachtung.
Freitag, den 17. Mai d. J., nachmittags 4 Uhr,
soll im Gemeinde-Gasthause von Franz Ocker der Kirschenanhang in der Gemeinde Niederwünsch, öffentlich meistbietend gegen gleiche Bezahlung verpachtet werden. Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben.
Niederwünsch, d. 11. Mai 1918.
Weber, Gemeindevorsteher.

Kirschen=Verpachtung.
Der Kirschenanhang in hiesiger Gemeinde soll
Sonnabend, den 18. d. Mts., nachmittags 3 Uhr,
in hiesigem Gasthause verpachtet werden.
Rockendorf, den 13. Mai 1918.
Der Gemeindevorsteher.

Kirschen=Verpachtung.
Der diesjährige Anhang der Gemeinde Atzendorf soll
Sonnabend, den 18. Mai nachmittags 6½ Uhr
im Gasthaus daselbst öffentlich meistbietend verpachtet werden.
Atzendorf, den 13. Mai 1918.
Der Gemeinde-Vorstand.

Wiesen=Verpachtung.
Die Gemeinden- und Kirchenwiesen von Atzendorf sollen
Sonnabend, den 18. Mai, nachmittags ½6 Uhr,
im Gasthaus daselbst öffentlich meistbietend verpachtet werden.
Atzendorf, den 13. Mai 1918.
Der Gemeindevorstand.

Weidenkörbe
zu Obst, Gemüse, Kartoffeln und Eisen hat abzugeben
G. Döhler, Leipzig,
Ranstädter Steinweg 33.

1 Gasherd mit Brathaube
billig zu verkaufen.
Unteraltenburg 9.

Gebrauchte Muldenkipper
500 oder 600 mm Spurweite zu kaufen gesucht.
Smoschewer & Co.,
Leipzig, [illegible]straße 11.

Verantwortliche Redaktion: Politik: L. Balz, Sport und Anzeigen: M. Hochheimer.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz. sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919180515-10/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 112 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt.

Mittwoch, den 15. Mai 1918.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 13. Mai.

Vizepräsident Dr. **Porsch** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten und teilt mit, daß der Präsident Graf Schwerin-Löwitz durch Krankheit verhindert ist, die Verhandlungen zu leiten.

Zur

3. Lesung der Wahlrechtsvorlage

liegen zahlreiche Anträge vor. Auf Vorschlag des Vizepräsidenten soll zunächst eine allgemeine Aussprache stattfinden. Als erster Redner spricht

Abg. Dr. **Porsch** (Ztr.): Es ist mir nicht möglich, etwas Neues zu sagen. Wir wollen daher nur unsere Abstimmung rechtfertigen. Wir sind in den letzten Wahlkampf getreten mit der Erklärung, daß wir die Notwendigkeit einer Reform unseres Wahlrechts anerkennen. Auf diesem Standpunkt stehen wir auch noch heute. Die königliche Botschaft vom Juli v. J. ist mehr als die bloße Ankündigung einer Vorlage. (Sehr richtig bei einem Teil des Zentrums und der Linken.) Wir Volksvertreter haben die Pflicht, die Vorlage sorgfältig zu prüfen und uns danach zu entscheiden. Nachdem in dieser feierlichen Form der Träger der Krone dem Volke ein Versprechen gegeben hat, ist die verantwortliche Regierung verpflichtet, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln auf die Einlösung des Königswortes hinzuwirken. Ob das in Form einer Auflösung des Abgeordnetenhauses geschehen kann, lasse ich dahingestellt.

Abg. Dr. v. **Heydebrand** (Kons.): Die grundsätzliche Stellungnahme aller meiner Parteifreunde ist in der 2. Lesung zum Ausdruck gekommen. Wir haben daran nichts zu ändern. Von wenigen Einzelheiten abgesehen, werden wir auch in dieser Lesung für die Beschlüsse zweiter Lesung stimmen. Was insbesondere unsere Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf über die Zusammensetzung des Herrenhauses anbelangt, so möchte ich bemerken, daß die Vorlage doch nur provisorischen Charakter trägt. Wir wollen doch auch abwarten, wie das Herrenhaus selbst über seine Zusammensetzung denkt. Was den § 3 der Wahlrechtsvorlage anbelangt, so kann ich nur sagen, daß wir

für die zweite Lesung stimmen

werden.

Abg. **Ludewig** (Natl.): Wir werden für die vom Zentrum gestellten Sicherungsanträge stimmen, und zwar unsere ganze Fraktion. (Bravo beim Zentrum.)

Abg. **Lüdecke** (Freikons.): Wir haben vorläufig keinen Grund, von unserer Stellungnahme in der 2. Lesung abzugehen. Unsere endgültige Stellungnahme zu den Sicherungsanträgen behalten wir uns vor, bis im Hause eine Einigung über § 3 erfolgt ist. Wir stimmen für die

Aufrechterhaltung der Kommissionsbeschlüsse

zu § 3. Der Antrag Lohmann kann die Brücke zu einer Verständigung zwischen der Staatsregierung und uns bilden. (Hört, hört! links.) Wenn die Staatsregierung bereit ist, auf dieser Grundlage mit der Rechten zur Vermeidung eines verfassungsmäßigen Konfliktes zu verhandeln, so sind wir gern bereit, in eine nähere Prüfung des Antrages Lohmann einzutreten.

Abg. Dr. **Pachnicke** (F. Vp.): Wir lehnen die Sicherungsanträge der Zentrumspartei auch in 3. Lesung ab. Jetzt ist keine Zeit für Worte mehr, das Land will eine Entscheidung haben. (Sehr wahr! links.) Die Krone wandelt nur in den Spuren des Fürsten Bismarck. (Lebhaftes Oho rechts.) Das war der Bismarck, der den Gedanken des gleichen Wahlrechts in die Kriegszeit von 1866 hineinwarf. Wenn die Krone auf Widerstand stößt, so ist sie genötigt, die verfassungsmäßigen Folgerungen daraus zu ziehen. (Sehr richtig! links.)

Abg. **Lohmann** (Natl.): Jeder, der die Fähigkeit und den Willen hat, gerecht zu urteilen, kann nicht verkennen, daß mein Antrag ein Entgegenkommen gegen die Vorlage der Staatsregierung bedeutet. Wir verkennen nicht, daß die allgemeine Lage überaus ernst ist. Auch der Teil der nationalliberalen Fraktion, den ich vertrete, hat den

ernsten Willen zu einer Einigung.

(Zurufe des Abg. Hoffmann.) Stören Sie doch nicht fortwährend die Verhandlungen. (Beifall.) Wir alle haben hier den ernsten Willen, etwas zustande zu bringen, und Sie belästigen uns fortwährend mit Ihren Bemerkungen. (Lebhafte Zustimmung. Hoffmann: Zwischenrufe sind parlamentarisch.)

Vizepräsident Dr. **Friedberg**: Der Herr Ministerpräsident bedauert, durch anderweite Dienstgeschäfte von der Teilnahme an der heutigen Sitzung behindert zu sein. Er würde sonst nochmals den Standpunkt der Regierung dargelegt haben. Die Regierung hat schon bei der ersten Lesung ausgesprochen, daß sie geneigt wäre,

auf Vermittlungsvorschläge einzugehen,

die sich im Rahmen des gleichen Wahlrechts halten. Es wäre ungerecht und undankbar, wenn ich nicht anerkennen wollte, daß die vom Abg. Lohmann gestellten Anträge den ernsten Willen nach einer Verständigung zeigen, und zwar in einer Weise, die Ihnen (zur Rechten gewandt) ein gewisses Opfer aus patriotischen Gründen auferlegt. Bei der Prüfung des Antrages muß ich aber sagen, daß der Antrag nicht den beabsichtigten Zweck erreicht. Ueber die Altersstimme ließe sich vielleicht noch reden. (Hört, hört!) Besonders anfechtbar ist die Voraussetzung eines zehnjährigen Wohnsitzes in der Gemeinde. In Berlin würde es noch zahlreichen Arbeitern möglich sein, die erforderliche Seßhaftigkeit aufzuweisen. Aber im industriellen Westen ist eine derartige Bestimmung gar nicht durchführbar. Der vierte Absatz des Antrages, wonach den selbständigen Wählern eine Zusatzstimme gewährt werden soll, trägt plutokratischen Charakter und ist nicht mit den Grundlagen des gleichen Wahlrechts in Uebereinstimmung zu bringen. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) So sehr ich anerkenne, daß der Antrag von dem Bestreben zu einer Verständigung ausgegangen ist, so außerordentlich leid tut es mir, zu erklären, daß er mit den Grundlagen des gleichen Wahlrechts nicht in Zusammenhang zu bringen ist. Glauben Sie, daß das Pluralwahlrecht auch nur eine einzige Session überlebt? Heute ist der Tag, wo jeder mit seinem Gewissen nach der einen oder anderen Seite hin entscheiden muß. (Zustimmung.) Da muß ich fragen, ob es recht wünschenswert sei, nach irgend einer Richtung hin seinem Gewissen etwas abzuzwingen. (Unruhe rechts.) Es ist ein Irrtum, wenn man annimmt, die Sache sei mit der Ablehnung des gleichen Wahlrechts abgetan. Das eigentliche Drama folgt dann aber erst. (Lebhafter Beifall im Zentrum und links.)

Abg. **Braun** (Soz.) tritt noch einmal mit großer Entschiedenheit für das gleiche Wahlrecht ein.

Abg. **Mehring** (Unabh. Soz.) beruft sich auf die Rede Ströbels bei der zweiten Lesung, bleibt aber bei seinen weiteren Ausführungen unverständlich.

Abg. **Korfanty** (Pole) tritt für das gleiche Wahlrecht ein. Wir sind für den Schutz der Kirche, aber gegen den Schutz der Schule. Die Erschwerungen der Aenderung der Verfassung bekämpfen wir. Im Herrenhause haben wir kein Interesse, da auch nach der neuen Zusammensetzung keine Vertreter der polnischen Bevölkerung hineinkommen werden. Freikonservative und Nationalliberale haben große Neigung zum Umfallen. Sie zittern vor der Auflösung. Bei der Auflösung schaffen wir allein 20 Herren von der Rechten aus diesem Hause heraus. (Unruhe rechts.) Das

deutsche Kompromiß gegen die Polen

kann natürlich nicht aufrecht erhalten werd. Wir werden bei einem Wahlkampfe für alle Abgeordneten eintreten, die für das gleiche Wahlrecht sind.

Damit schließt die allgemeine Besprechung.

Es folgt eine

Besprechung der Sicherungen.

Es handelt sich zunächst um die Anträge, die zu Art. 1 und 2 der Verfassung gestellt sind, die von der Berufung des Landtages handeln. Ebenfalls zur Beratungen stehen die Sicherungsanträge des Zentrums in Bezug auf Kirche und Schule.

Die Sicherungsanträge werden darauf abgelehnt. Dafür stimmen mit dem Zentrum die Nationalliberalen, die Polen und einige Freikonservative.

Der Artikel 1 wird gegen die Fortschrittliche Volkspartei und gegen die Sozialdemokraten angenommen.

Artikel 2 wird mit einem die Durchzählung betreffenden Abänderungsantrage des Zentrums zurückgestellt.

Es folgt die

Zusammensetzung des Herrenhauses.

Der Gesetzentwurf wird auf Antrag des Abgeordneten Dr. von Heydebrand im Ganzen gegen die Stimmen der Fortschrittler, der Polen und der Sozialdemokraten angenommen.

Darauf tritt Vertagung ein. Dienstag vormittag 11 Uhr: Fortsetzung der Beratung.

Deutscher Reichstag

Berlin, 13. Mai.

Der Reichstag erledigte heute zunächst in kurzer Aussprache den Rest des

Marineetats.

Bei der Abstimmung wurden die Stellen von fünf Intendantur-Sekretären gestrichen. Die vom Ausschuß vorgeschlagene Entschließung über Errichtung von Beamtenausschüssen bei den Betrieben der kaiserlichen Marine, sowie der Antrag des Abg. Ebert (Soz.), die den Angestellten in den Marinebetrieben für Mehrleistungen zustehenden prozentualen Pauschsätze auf die Teuerungszulagen nicht anzurechnen, wurden angenommen.

Es folgt die Beratung des

Haushalts des Reichsschatzamts.

Abg. **Werner-Hersfeld** (D. Fr.): In den gegenwärtigen teueren Zeiten dürfen wir nicht die alten Kriegsteilnehmer von 1870/71 und die Altpensionäre vergessen.

Abg. **Prinz zu Schönaich-Carolath** (Natl.), Abg. **Ebert** (Soz.) und Abg. **Müller-Meiningen** (F. Vp.) schließen sich dem Antrag an, der einstimmig angenommen wird.

Abg. **Vogtherr** (Unabh. Soz.): Bei der Kriegsanleihe sollte die Reklame sich in den gebotenen Grenzen halten. Irgend ein Zwang darf nicht ausgeübt werden, namentlich nicht beim Militär und in den Schulen.

Abg. **Zimmermann** (Natl.): Der ausgezeichnete Erfolg der Kriegsanleihe ist der vortrefflichen Organisation des Reichsschatzamtes zu danken.

Der Haushalt des Reichsschatzamtes wird angenommen.

Es folgt der

Haushalt des Reichs-Justizamts.

Abg. **Heine** (Soz.): Verordnungen versperren allenthalben den Rechtsweg. Die Pfändbarkeitsgrenze muß erhöht werden. Die Unterstützungen von Kriegsteilnehmern und ihren Hinterbliebenen muß unpfändbar bleiben. Die bedingte Begnadigung muß zu gesetzlicher Institution ausgebaut werden.

Abg. **Müller-Meiningen** (F. Vp.): An eine große Rechtsreform ist nicht zu denken, es können immer nur Notgesetze werden. Die Zunahme der Kriminalität der Jugendlichen ist das traurigste Kapitel des Krieges. An die Stelle der Strafrichters sollte vielfach der Vormundschaftsrichter treten. Heute weiß bei den tausenden von Verordnungen in Deutschland niemand mehr, was recht ist. Die Generalkommandos haben mit ihren drakonischen Verordnungen das Rechtsgefühl untergraben. Wer übertritt diese Unmenge von Verordnungen nicht tagtäglich, und wenn er Minister ist!

Abg. **Strack** (Hosp. der Natl.): Die Zunahme der Kriminalität der Jugendlichen muß nicht zu strenger Bestrafung, sondern zu erhöhten Erziehungsmaßnahmen führen. Unter 14 Jahren sollte überhaupt niemand auf die Anklagebank kommen.

Ein Schritt ins Unrecht

Kriminal-Roman von Arthur Winckler-Tannenberg.

26] (Nachdruck verboten.)

Wie geht es überhaupt meiner, — dem Fräulein —? Was ist überhaupt geschehen, die Stadt ist voll der tollsten Gerüchte?"

„Ich bedauere, auch hier einem Fremden keinerlei Auskunft geben zu können. Die Stadt wird hoffentlich bald beruhigt sein, wenn sie die Wahrheit erfährt. Aber nun entschuldigen Sie, ich habe keine Zeit übrig. Meiner wartet oben eine Patientin, denn daß Fräulein Grothe von den Ereignissen erschüttert, krank liegt, können Sie sich denken, und weitere verantwortliche Arbeit. Beide Leichen werden obduziert werden."

Der Sanitätsrat übersah absichtlich, daß der empörte Bräutigam noch Einwendungen erheben wollte; er verneigte sich und ging.

Jan Volkmar knirschte mit den Zähnen.

Das war er nicht gewöhnt, der durch Reichtum gewaltige Mann. O, sie sollten ihn kennen lernen, die sich das erdreisteten. Dies trotzige Mädchen, dieser abgeschmackte Mediziner und das Haus Alwin Grothe!

Den Pelz knöpfte er zu und schritt die Stufen wieder hinunter. Der Boy riß die Bärendecke zurück, Volkmar stieg ein, die Pferde bäumten auf und die Menge stob auseinander. Das Glockengeläut wehte leiser und leiser in der Ferne und jetzt verklang es.

Sie sollten ihn kennen lernen, sann der in sich versunkene Mann, und eine harte Falte grub sich in seine Stirn.

* * *

Drinnen aber bei dem alten Prokuristen, in dessen kleinem Sprechzimmer, saß Herbert von Plessenow schmerzgebeugt. Bis er die tote Mutter und die verzweifelte Geliebte werde sehen dürfen, mochte noch viel Zeit vergehen, hatte doch nunmehr die Staatsanwaltschaft Besitz ergriffen, und die hielt fest, was sie besaß.

Der alte, vergrämte Mann, der dem Rechtsanwalt gegenübersaß, hob fragend den Kopf.

„Herzleidend war ihre Frau Mutter —?"

„Ja. Sie behauptete es seit Jahren; die Aerzte fanden nicht viel und beruhigten mich —"

„Ja, ja, die Aerzte, ich halte nichts von Aerzten —"

„Wie? Gibt es einen pflichttreueren und tüchtigeren Mann, als den Sanitätsrat — —?"

„Ganz gewiß nicht. Aber ich bin für Naturheilkunde. Hab viel ausgehalten im Leben. Nur keine Medizin, das ist Gift, dabei bleibe ich — — —"

„Gift! —" griff Herbert das Wort auf. „Wie konnte meine Mutter zu Gift kommen?"

„Sie muß es mitgebracht haben, wir hatten keines im Hause —"

„Das ist undenkbar! Auch wir besaßen kein Gift —"

„Sagten Sie nicht, Ihre Frau Mama sei eine heftige Gegnerin Ihres Herzensplanes gewesen —?"

„Ja."

„Konnte sie nicht in Verzweiflung, als sie — wie doch anzunehmen ist — auch Fräulein Grothes Widerstand nicht zu brechen vermochte, sinnverwirrt, zum Gift gegriffen haben?"

„Unter keinen Umständen, denn sie besaß keines —"

„Rätselhaft! Medizin ist Gift, aber doch kein so scharfes, kein so rasch wirkendes, daß man annehmen dürfte, sie habe von Herrn Grothes Medikamenten genommen —"

„Wie käme sie dazu?"

„Ja, wie käme sie dazu! Wohin man blickt, Rätsel, und die einzige, von der man vielleicht einen Schimmer von Auskunft erhalten könnte, ist dazu nicht fähig — —"

„So müssen wir warten —", schloß Herbert resigniert.

Draußen war ein Wagen vorgefahren, der sich mühsam den Weg durch hohen Schnee gebahnt hatte. Eine stürmische Bewegung ging durch die immer mehr angeschwollene Masse. Gewohnheitsmäßige Sensationsgaffer, welche schon Personenkenntnis besaßen, machten sich mit dieser Kenntnis wichtig. Das klang durcheinander:

„Ah! Der Kriminalkommissar von Hilsing —"

„Das ist ja Rat Wolter, der Dezernent vom Polizeipräsidium!"

„Gustel ist auch da, — bravo, Gustel, der wird seine Sache schon machen!" Gustel ging an der Leine eines Sergeanten, denn Gustel war der berühmteste Polizeihund der Stadt.

Alles verschwand im Eingange des Hauses.

„Ich muß zum Empfange", sagte Hollmann und erhob sich eilfertig. „Bleiben Sie noch, Herr von Plessenow?"

„So lange ich darf. Denn hier nur kann ich ja etwas erfahren, und ich vergehe vor Ungewißheit — —"

„Bleiben Sie, bleiben Sie ruhig —"

Damit verschwand der Alte. Er geleitete die amtlichen Personen in die Privaträume der Familie Grothe, vor deren Eingang ein Schutzmann Wache hielt.

Herbert war ans Fenster getreten.

Jetzt fuhr noch ein Schlitten herbei und hielt neben dem Wagen, dessen dampfende Pferde der Kutscher eben mit Decken belegte.

Schwarzgekleidete Herren stiegen aus.

Herbert erkannte die meisten.

Die Mordkommission!

Und seine Mutter war das Opfer, um deswillen sie kamen, seine geliebte Mutter, die er am heutigen Morgen noch frisch und gesund gesehen hatte!

Er ging rasch auf den Flur und begegnete dort dem Polizeiinspektor Grunner, den er persönlich kannte. Der zog den Hut und reichte ihm die Hand.

„Aufrichtiges Beileid. Herr von Plessenow."

„Ich danke. — Bitte. Herr Inspektor lassen Sie mich wissen, wann ich meine Mutter sehen darf."

„Gewiß, gewiß. — Wo trifft Sie Nachricht?"

„Hier im Hause, im Sprechzimmer des Herrn Hollmann — —"

„Das ist gut. Auch für den Fall, daß wir Sie zur Klärung der Sache vernehmen müßten —, ich verspreche es Ihnen. — Aber verzeihen Sie, da kommt der Erste Staatsanwalt, ich muß ihn führen."

Ein drittes Gefährt war eingetroffen mit dem Staatsanwalt und dem Untersuchungsrichter. Auch diese Herren waren Herbert persönlich bekannt. Sie reichten ihm im Vorbeigehen stumm, teilnahmvoll, die Hand.

Die Amtsaktion hatte begonnen.

Herbert kehrte in das kleine Sprechzimmer zurück.

An die Tote dachte er und an die Lebende.

Eine wehe Spannung belastete ihm jede der langen, bangen Minuten, die er wartete, so daß sie ihm noch schneckenhafter zu wandern schienen.

Nach einer Stunde wurde auch er vernommen.

Der Schutzmann, welcher die Wache am Wohnungseingang gehabt hatte, brachte die Aufforderung.

Im Flur traf er den Sanitätsrat, der eben aus einem Zimmer trat, um in der Küche Eis zu bestellen.

„Wie geht es Klara?" fragte er hastig.

Der alte Herr sah erschreckend bleich aus.

„Keine Lebensgefahr, aber sonst sehr schlecht. Mein Gott, was muß sie aushalten —, es ist nicht zu fassen!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919180515-10/fragment/page=0005

Staatssekretär von Krause: Das Reichsjustizamt hat ein gewaltiges Arbeitsfeld auf allen Gebieten; auch bei den Friedensverhandlungen hat es mitzuarbeiten. Es ist ein Glied der Geschäfte des Volkes und darf keine trockne juristische Behörde sein. Eine große Rechtsreform ist jetzt nicht möglich. Die Vorarbeiten sind aber im Gange. Die Gesetzgebung für Jugendliche ist eins der schlechtesten Kapitel. Wenn der Reichstag vielleicht in Form eines Initiativgesetzes den Anstoß dazu gibt, so wird die Reichsregierung ihre Mitwirkung nicht versagen. Beim Strafrecht sind die Vorarbeiten so weit gediehen, daß der Entwurf demnächst der öffentlichen Kritik unterzogen werden kann. Die Verordnung gegen den Wucher von 1915 in Verbindung mit den Bestimmungen, daß bei Verstößen gegen die guten Sitten Schadenersatz eintritt, genügt im allgemeinen durchaus. Von einer Rechtslosigkeit kann nicht gesprochen werden, wenn auch zugegeben werden muß, daß das Rechtbewußtsein gelitten hat.

Abg. Bohtz (Kons.): Die eidesstattlichen Versicherungen müssen eingeschränkt werden. Unter der durch die Zwangskriegswirtschaft geschaffenen Rechtsunsicherheit leidet namentlich die Landwirtschaft.

Weiterberatung Dienstag 2 Uhr.

* * *

Der Hauptausschuß über die Besitzsteuer.

Berlin, 13. Mai.

Der Hauptausschuß des Reichstages setzte heute die Beratungen der Steuervorlagen bei den

Besitzsteuern

fort. Außer dem Vizekanzler von Payer und dem Staatssekretär des Reichsschatzamtes Grafen Roedern wohnten die Finanzminister der Bundesstaaten der Sitzung bei.

Berichterstatter Abg. **Müller-Fulda** (Zentr.) leitete die Erörterungen ein mit dem Hinweis auf das Defizit von 2,875 Mill. Mk., dessen Deckung durch Belastung des Verkehrs erfolgen soll. Die 1,200 Mill. Mark, die auch nach Annahme der 12 Steuervorlagen zur Deckung des Fehlbetrags aufzubringen sind, sollen durch Besitzsteuern aufgebracht werden. Die Vermögenszuwachssteuer hat sich nicht bewährt, sie hat zwar etwa vier Milliarden abgeworfen, jedoch demolisierend gewirkt. Von 1913 bis 1916 sind die über 10 000 Mk. liegenden Einkommen in Preußen um 86 Prozent gestiegen, hier kann zugefaßt werden.

Staatssekretär Graf von Roedern erklärte: Die neuen indirekten Steuern würden in diesem Jahre nicht viel bringen. Glücklicherweise fanden die Ausfälle an indirekten Steuern Deckung in den Ergebnissen der Kriegssteuer, deren 5,7 Milliarden Mark hoffentlich einen Uebergang in das Finanzjahr 1919 ohne rechnungsmäßiges Defizit ermöglichten

Finanzminister Hergt betonte sein Einverständnis mit des Staatssekretärs Erklärungen im Plenum über das Verhältnis der Bundesstaaten im Reiche. Den Bundesstaaten dürfen dieEinnahmequellen zur Erfüllung ihrer kulturellen Aufgaben nicht verstopft werden. Sie können verlangen, daß nach wie vor die laufenden direkten Steuern, die Einkommens- und Vermögenssteuer, als ausnutzungsfähige und ausbaufähige Steuern ihnen belassen werden. Ein noch nicht vorliegender Antrag will nicht wie bisher einen Vermögenszuwachs, sondern mehr das Einkommen heranziehen. Bei der Heranziehung der Vermögen ist zu beachten, daß der Geldwert bedeutend gesunken ist. Die Heranziehung des Vermögens soll auf eine ruhigere Zeit vertagt werden, bis eine richtige Bewertung der Frage sich ermöglichen läßt. Im Hinblick auf die großen Bedürfnisse Preußens sind wir dennoch gezwungen, im Herbst d. J. mit einer Steuernovelle an den Landtag heranzutreten, einen Leistungsausgleich und eine Aenderung des Anklageverfahrens herbeizuführen. Wenn nun das Reich seinerseits eine direkte das Einkommen betreffende Steuer machen wollte, so würde dadurch die Reform in Preußen gewissermaßen durchkreuzt.

Ein Antrag Gröber-Laupheim und Genossen zum Gesetzentwurf über die Kriegssteuer verlangt zu Gunsten des Reiches für das Rechnungsjahr 1918 eine Kriegsabgabe vom Jahreseinkommen natürlicher Personen von mindestens 20 000 Mk., beginnend mit drei vom Hundert für die ersten 30 000 Mk. Einkommen, durchgestaffelt bis 20 vom Hundert als Hilfsstaffel, ferner eine erhöhte Kriegsabgabe von der während des Krieges erzielten Einkommensvermehrung, durchgestaffelt von fünf vom Hundert für die ersten 30 000 Mk. Mehreinkommen bis 50 vom Hundert als höchste Staffel, endlich eine Ergänzungsabgabe von Vermögen über 20 000 Mk. durch gestaffelte Steuersätze, beginnend mit 1 vom Tausend für Vermögen bis zu 100 000 Mk. und schließend mit drei vom Tausend als höchste Staffel. Diese Abgaben sollen den nach Annahme der Steuergesetze noch verbleibenden Fehlbetrag von 1200 Millionen Mark decken.

Sitzung der Stadtverordneten

Merseburg, 14. Mai.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Sitzung teilte der Vorsteher, Landesrat Bothe, mit, daß sich wegen

günstigerer Verkehrsverbindung Merseburg—Halle—Berlin

das Ammoniakwerk mit Unterstützung des Magistrats an die Eisenbahndirektion Halle gewandt und die Zusage erhalten habe, es solle wenigstens dafür gesorgt werden, daß der Zug ab Merseburg 8 Uhr früh den Schnellzug-Anschluß in Halle auf alle Fälle erreiche.

Die hohen Ferkelpreise

hatten bekanntlich dem Stv. Hüthel Veranlassung gegeben, den Magistrat um Aufklärung bei dem Kreis zu ersuchen. Vom Kgl. Landrat ist dem Magistrat die Antwort zugegangen, daß auch die Kreisverwaltung die hohen Ferkelpreise bedaure, der Kreis sei aber ohne jeden Einfluß auf die Preisfrage und könne darum nichts hiergegen tun.

Der Abschluß der Stadtsparkasse

für 1917 ist wieder recht erfreulich. Der Ueberschuß belief sich auf 132 529 Mk. gegen 104 610 Mk. im Vorjahr, der Reservefonds ist von 754 000 auf 802 755 Mk. angewachsen. Der Einlagenbestand erreichte die Höhe von 18 622 000 Mk. gegen 15 762 000 Mk. im Jahre 1916. Die Hypotheken-Ausgabe betrug 10 000 000 Mk. Zu den letzten Kriegsanleihen zeichnete die Sparkasse 2 000 000 und 2 600 000 Mark. Aufgenommene Darlehen waren es 4 000 000 Mk. Seit 1. Januar ist der Scheck- und Ueberweisungsverkehr eingeführt. Die Geschäfte im einzelnen haben stark zugenommen. In der Zeit vom 1. Januar bis 31. März erfolgten 2 990 000 Mk. Neueinlagen gegen 1 243 000 Mk. Rückzahlungen (einschl. derjenigen für Kriegsanleihen).

Kleine Rechnungsvorlagen.

Nach den Referaten der Stvv. Schenke, Elze und Wiegand wurde die Entlastung über die Rechnungen des Wasserwerks von 1914 und 1915 sowie der Krankenhauskasse für 1915 ausgesprochen.

Mit der Erhöhung der Sätze für die Kilometergelder bei Dienstreisen erklärte sich das Kollegium einverstanden. (Referent Stv. Elze.)

Für die Volksschulen

werden nachträglich 145 und 85 Mk. als Zugang für die Regulierung des Oeffnens und Schließens der Türen bewilligt.

Mit der Verpachtung der Wiese am Exerzierplatz

beschäftigte sich schon die letzte Sitzung. Die Vorlage ging an den Magistrat zurück, der bei der Kommandantur einen höheren Pachtpreis herauszuholen versuchen sollte. Er hat damit Erfolg gehabt, denn die Kommandantur erhöhte den Preis von 75 auf 150 Mk. Sie erhält die Pachtung.

Neue Oefen für das Gaswerk

Stv. Rügow berichtete über die von uns veröffentlichte Magistratsvorlage betreffend Anschaffung von zwei neuen Oefen im Gaswerk. Die Anschaffung des einen neuen Ofens ist infolge kürzlich stattgehabter Explosion eines Ofens, bei der keinerlei Verschulden der Gaswerksleitung vorliegt, notwendig geworden, denn der Ofen wurde derart zerstört, daß er abgerissen werden muß. Außer dem neuen dieser Tage bereits fertigen Ofen arbeitet das Werk dann nur noch mit zwei alten Oefen, die ziemlich verbraucht sind. Damit sei der Betrieb im Winter unmöglich in vollem Umfange aufrecht zu erhalten. Trotz aller Einschränkungen seien nämlich die Anforderungen an den Betrieb wesentlich gestiegen. Der Gasverbrauch war gegenüber dem Vorjahr um 8,5 Proz. höher. Es liegt nun ein Angebot der Firma Kloenne in Dortmund vor, das für die Stadt äußerst günstig erschien. Die Firma offeriert einen betriebsfertigen Ofen, der Ende Oktober aufgestellt sein könne, weil das Material schon bereit liege, für den verhältnismäßig billigen Preis von 98 720 Mark. Der sonst jetzt übliche Preis beträgt 120—130 000 Mk.

Weiter bietet genannte Firma einen zweiten gleichen Ofen zu denselben Bedingungen und dem gleichen Preise an. Auch dieses Angebot wird zur Annahme empfohlen, da für Sommer 1919 ohnehin ein Ofenneubau vorgesehen ist und der weitere Betrieb mit den beiden alten Oefen sich als unrentabel gestaltet. Kommission und Magistrat beschlossen unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte den Ankauf beider Oefen. Die Mittel sollen durch den Versicherungsbetrag für den explodierten Ofen und durch Anleihe gedeckt werden. Der Berichterstatter Stv. Rügow empfiehlt Annahme der Magistratsvorlage.

Stv Schenke glaubt in der Tatsache, daß innerhalb kurzer Zeit im Gaswerk drei Oefen wertlos geworden sind, einen Beweis dafür erblicken zu sollen, daß die Anlagen nicht solid genug hergestellt wurden. Dann fragt er, ob sich die Städte gegen derartige Unfälle nicht versichern können. Bürgermeister Dr. Mosebach antwortet, daß die Versicherung bei der Städte-Feuersozietät besteht und in diesem Falle auch eine Versicherungssumme zur Auszahlung gelangt. Das Unglück sei nicht auf den Bau des Werkes oder der Oefen zurückzuführen. Mit dem Werk sind die Oefen 1912 gleichzeitig in Betrieb genommen und nun auch fast gleichzeitig abgebraucht. Stv Elze hält es für möglich, daß das technische Personal den Anforderungen nicht genügte. Erster Bürgermeister Hertzog erwidert, daß nach dem Urteil der Sachverständigen über das Explosionsunglück auch das Personal kein Verschulden trifft. Es ist vielmehr die Möglichkeit vorhanden, daß durch die Wände Gas übergetreten ist, das sich dann trotz aller Vorsicht entzündete. Bezüglich des Vorschlags der Stärkung des Erneuerungsfonds sei es natürlich nicht möglich, große Ueberschußablieferungen und bedeutende Zuführungen für den Reservefonds zugleich zu machen. Die Anschaffung des neuen Ofens ist unbedingt notwendig, denn sonst kann keine Sicherheit für die Aufrechterhaltung des Betriebes der Gasanstalt im Winter geleistet werden. Der zweite Ofen wird dagegen zurzeit nicht dringend gebraucht. Seine Mitbeschaffung wird nur aus Zweckmäßigkeits- und wirtschaftlichen Gründen empfohlen, da man das Material sofort und vor allem billig erhalten kann. Zudem seien die alten Oefen gegenüber den neuen Kloenne-Oefen wirtschaftlich unrentabel und kosteten monatlich an Feuerungsmaterial 6000 Mk. mehr. Die Anschaffung des zweiten Ofens mache sich auch nach dieser Richtung hin bezahlt.

Der Vorsteher Landesrat Bothe erbittet Aufschluß über die Kosten der Reparatur des explodierten Ofens. Wenn es richtig sei, daß der Ofen für 8000 Mk. nach Friedens- und 20—25 000 Mk. nach den jetzigen Sätzen wieder so wie früher hergestellt werden könne, dann frage es sich doch, ob jetzt der geeignete Zeitpunkt zur Beschaffung eines neuen Ofens und zu der großen Ausgabe sei. Der neue Kloenne-Ofen, mit dessen Inbetriebnahme ja nun wohl doch bald gerechnet werden könne, liefere 4300 Kubikmeter und der alte wieder reparierte Ofen 3000 Kubikmeter Gas, zusammen also 7300 Kubikmeter, die für den verstärkten Winterbedarf vollständig ausreichten. Dazu kämen die beiden alten Oefen zur Reserve. Dieselben müßten übrigens jetzt auch einer Reparatur unterzogen werden, damit wir auf alle Fälle gesichert seien, noch dazu es sehr fraglich erscheine, ob der Ofen Ende Oktober betriebsfertig ist. Es sei anzunehmen, daß nach dem Kriege der Gasverbrauch zurückgeht. Darum könne man vielleicht mit einer Reparatur des explodierten Ofens, sofern dieselbe für 20—25 000 Mk. durchzuführen sei, auskommen.

Bürgermeister Dr. Mosebach: Nach der Schätzung der Sachverständigen dürfte die Reparatur des zerstörten Ofens auf Grund der Friedenspreise 8800 Mk. kosten; Direktor Schröder meint aber, daß mindestens 40 000 Mk. erforderlich wären. Und da dann noch keine Gewähr für die frühere volle Leistungsfähigkeit gegeben ist, sei es am Platze, den so erheblich zerstörten Ofen völlig abzureißen und durch einen neuen zu ersetzen. Die Dessauer Vertikal-Oefen, zu deren System der explodierte Ofen gehörte, kosteten übrigens jetzt auch 90—100 000 Mk.

Stv. Rügow weist darauf hin, daß die Leistungen der beiden alten Oefen in den letzten Monaten von 33 Proz. auf 24 Proz. zurückgegangen sind, daß wir mithin in Verlegenheit kommen könnten. Eine Reparatur des alten Ofens dürfte schwerlich zu dem vermuteten Ergebnis führen und obendrein recht teuer ausfallen.

Erster Bürgermeister Hertzog: Es handelt sich bei der Vorlage um einen Ofen, den wir haben müssen, weil wir anderenfalls keine Sicherheit haben, die Einwohner der Stadt mit genügend Gas versorgen zu können. Es besteht nicht die geringste Aussicht, von der Dessauer Gesellschaft bis zum Winter zu einem Ofen zu gelangen, wie mit der Reparatur des alten Ofens vorgeschlagen wird. Wenn wir das vorteilhafte Angebot der Firma Kloenne jetzt ablehnen, ist die spätere rechtzeitige Lieferung eines Ofens auch von dort fraglich. Das einzige Sichere, was wir haben, ist dieser betriebsfertige Kloenne-Ofen. Darum heiße es zugreifen! Alles andere schwebe nur in der Luft. An einem Beispiel aus der Stadt Bitterfeld beweist der Erste Bürgermeister, wie auch dort die Kloenne-Oefen wegen ihrer entschiedenen größeren wirtschaftlichen Rentabilität trotz der 10 Proz. höheren Preise vor den Dessauer Oefen bevorzugt werden.

Was den

Gasverbrauch in Merseburg

betrifft, ist das Stadtoberhaupt anderer Ansicht wie der Stadtverordnetenvorsteher Landesrat Bothe. Im Verhältnis zu der Größe der Einwohnerzahl und zu anderen Städten sei hier der Gasverbrauch verhältnismäßig gering. Er wird nach dem Kriege nicht geringer werden, sondern eher steigen. Auf alle Fälle sind eine Reihe neuer Anschlüsse zu erwarten. Die Rückkehr zur Friedens-Straßenbeleuchtung ergibt einen Mehrverbrauch von mindestens 10 Proz. Durch den Ausbau der Automatenbenutzung lasse sich gleichfalls ein Mehrverbrauch erreichen. Krankenhaus und Lazarette müssen laut Vertrag mit der Heeresverwaltung nach Friedensschluß noch einige Jahre bestehen bleiben und bezüglich des Gefangenenlagers ist festgelegt, daß die Baracken dort noch längere Zeit stehen bleiben bezw. daß der Betrieb mit Friedensschluß noch lange nicht eingestellt wird. Mit dem Gasverbrauch dort kann also weiter gerechnet werden. Vor allem aber wird durch den Wegfall der einschränkenden Geschäftszeit, des 6 Uhr-Ladenschlusses, der Gasverbrauch ganz bedeutend steigen.

Stv. Dietrich schätzt die Reparatur des alten Ofens auf 45—50 000 Mk. und empfiehlt Annahme der Magistratsvorlage, ebenso die Stv. Scholtz, Eichardt und Kohl. Letzterer unterschreibt die Ausführungen des Landesrats Bothe durchaus und legt die Gründe dar, welche die Kommission zum Ankauf des Kloenne-Ofens bestimmten.

Erster Bürgermeister Hertzog betont nochmals, daß keine andere Sicherheit hinsichtlich der Gasversorgung im Winter vorhanden sei als mit dem Ankauf des betriebsfertigen Kloenne-Ofens und daß es völlig ausgeschlossen ist, einen brauchbaren Ofen von der Dessauer Gesellschaft in derselben Zeit hergestellt zu erhalten.

Landesrat Bothe erklärt sich mit den Versicherungen, wonach die Reparatur des zerstörten Ofens zu annehmbaren Preisen nicht möglich ist, befriedigt und ersucht nur den Magistrat, trotz der Beschaffung des neuen Kloenne-Ofens die Reparatur der beiden alten Oefen vornehmen zu lassen.

Damit war die Aussprache beendet. **Die Abstimmung ergab die Annahme der Magistratsvorlage auf Ankauf eines Kloenne-Ofens und die Ablehnung des Ankaufs des zweiten Ofens.**

Errichtung einer Stadtbaurats-Stelle.

Hierüber berichtet Stv. Landesbaurat Ruprecht im Sinne der von uns veröfentlichten Magistratsvorlage. Er befürwortete warm die auch im Interesse der Wohnungs- und Baupolitik gelegene Vorlage, die einstimmig angenommen wurde.

Beteiligung der Stadt an der Ueberlandbahnen-Gesellschaft Merseburg.

Stv Justizrat Scholtz verlas die gleichfalls von uns veröffentlichte Magistratsvorlage in der so außerordentlich wichtigen Angelegenheit und empfahl die Annahme der Vorlage. Er bezeichnete als fernere wichtige Aufgabe den Bau einer Linie Wallendorf—Zöschen.

In einem zur Verlesung gelangten Schreiben teilt der Landeshauptmann mit, daß er gegen die Erhöhung der Beteiligung der Stadt von180 000 Mk. auf 250 000 Mk. keine Bedenken habe und daß er in der Generalversammlung der Mübag für den Ankauf der Halle-Merseburger Bahn sowie dafür stimmen werde, daß bei deren Neubau von Linien die Linie nach Dürrenberg und Groß-Kayna und der zweigleisige Ausbau der Halle-Merseburger Bahn zunächst in Angriff genommen werden.

Erster Bürgermeister Hertzog hob hervor, daß sich Stadt und Kreis Merseburg unbedingt einen großen Einfluß in dem Unternehmen sowie die Mehrheit sichern und zu diesem Zwecke eine entsprechende Beteiligung haben müßten. Sie sollten im Aufsichtsrat über 3 Sitze verfügen.

Landesrat Bothe wies gleichfalls auf den Wert des großen Einflusses hin und bezeichnet die Lauchstedter Linie vorläufig als Zukunftsmusik.

Darauf gelangten die Anträge des Magistrats, Zustimmung zu der Beteiligung, Eintritt in den mit der Provinzialverwaltung abgeschlossenen Vertrag und Bewilligung eines Betrages bis zu 263 000 Mark für die Beteiligung betreffend, zu einstimmiger Annahme.

Schluß der öffentlichen Sitzung 9 Uhr.

Aus Stadt und Umgebung

Beschlagnahme und Meldepflicht von Segeltuchen aus Textilersatzstoffen.

Zur Widerlegung irriger Annahmen wird amtlich mitgeteilt, daß zu den durch die Bekanntmachung W. IV. 300/12. 17 KRA beschlagnahmten neuen und gebrauchten Segeltuchen aller Art, neben den Textilsegeltuchen auch sämtliche Segeltuche aus Textilersatzstoffen zu rechnen sind; insbesondere auch die aus reinem Papiergarn hergestellten Gewebe, welche mindestens 600 Gramm im Quadratmeter schwer und wasserabstoßend imprägniert sind. Die an derartigen Geweben vorhandenen Bestände sind daher sowohl von den Eigentümern, als auch von den Lagerhaltern auf dem vorgeschriebenen Meldeschein IV E für „Segel und Planen" unter der Spalte „sonstige Gewebearten" beim Webstoff-Meldeamt der Kriegs-Rohstoff-Abteilung in Berlin SW. 48, Verlängerte Hedemannstr. 10 ordnungsgemäß zur Anmeldung zu bringen.

Enteignung der Hauseinrichtungsgegenstände aus Sparmetall?

Die Erörterung über die Durchführung der Beschlagnahme und Enteignung von Metallgegenständen in der Presse, im Preußischen Landtage und im Reichstage hat vielfach den Anschein erweckt, als sollte die Bekanntmachung M. 8. 1. 18 KRA vom 26. März 1918 betreffend Enteignung der Hauseinrichtungsgegenstände zurückgezogen, mindestens aber abgeschwächt werden. Deshalb sind bei den zuständigen Dienststellen Anfragen und Eingaben eingegangen, inwieweit die bisher getroffenen Anordnungen zurückgezogen werden würden. Demgegenüber muß ausdrücklich betont werden, daß nach Lage der Sache die erlassenen Bekanntmachungen ohne jede Einschränkung weiter durchgeführt werden müssen. Den von den Kommunalverbänden ergangenen Aufforderungen zur Meldung und Ablieferung muß deshalb uneingeschränkt nachgekommen werden. Die vielen beim Kriegsamt eingegangenen einzelnen Anfragen finden hiermit Erledigung. Eine besondere Beantwortung ist nicht möglich.

Gewinn-Auszug
der
11. Preuss.-Südd. (237. Kgl. Preuss.) Klassen-Lotterie

5. Klasse — 5. Ziehungstag. — 13. Mai 1918

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 100000 M 175900
2 Gewinne zu 30000 M 200665
4 Gewinne zu 10000 M 23033 188144
8 Gewinne zu 5000 M 28081 87260 215722 227263
184 Gewinne zu 3000 M 9834 16505 17413 18055 22658 24025 24477 26147 27270 50436 55572 55895 56319 60161 63630 69454 76153 76198 77228 77566 78940 78996 82063 85791 86148 93090 95887 98738 106984 108065 110425 112238 131794 134543 145217 148200 154434 155527 155575 163004 172343 178086 189728 193020 195714 197439 210782 218485 227718 231616 231643 233317
134 Gewinne zu 1000 M 4589 5152 7394 11277 12191 19334 23348 28838 30808 32567 35614 38452 51410 52894 55624 58945 59384 65038 78546 78756 89943 90032 90267 99993 101673 107122 113077 113556 118336 124469 130327 131041 131591 132798 135049 138414 139106 142955 148509 160378 163293 167930 170848 171930 172970 175337 179495 183532 183971 186979 188144 188569 194524 194542 195067 196639 204868 205030 211463 211559 211915 215140 217161 223122 227053 231125 232135
188 Gewinne zu 500 M 1360 10276 12730 14101 20422 20649 26833 27012 30918 33092 36789 38729 40004 41149 41861 44391 46392 50255 51594 54302 62090 62529 69128 70606 70837 72605 73685 75491 71402 78887 78899 85016 85327 86822 87073 88352 95861 97936 100550 105667 112671 112714 113058 113999 114703 116194 117582 118339 123861 129713 132421 132476 132538 132861 133371 136920 138897 144419 147117 147356 147716 149262 149426 150533 151616 156060 157025 167675 168555 159171 166634 169341 173564 193582 173610 176484 176465 178469 180544 180996 188004 190296 198437 198835 198922 199578 215442 215926 216935 217472 223457 223691 225287 232323

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

4 Gewinne zu 15000 M 23335 214418
4 Gewinne zu 5000 M 17679 214863
70 Gewinne zu 3000 M 1563 5660 12035 25702 26429 28489 49141 50454 53056 54934 57536 65280 65317 69833 70110 78486 78816 83638 90414 120186 126330 132662 147542 147986 150913 163919 169565 179248 183315 187185 190269 191017 215673 229521 230920
134 Gewinne zu 1000 M 29 3564 4070 6864 9077 9893 11177 11890 13919 14977 22797 25721 26622 32697 33451 37697 46172 56678 59441 64939 67374 70408 70553 73204 73433 79252 86443 94432 102313 102889 105206 109294 110686 111284 111736 113303 116876 121057 121184 122646 123756 125157 127142 129088 129120 136143 138247 140972 143258 149277 152290 156514 173377 177172 178899 180730 184644 186906 188844 194441 196224 201136 202695 209132 212598 216058 230631
176 Gewinne zu 500 M 1937 3693 6240 6664 8670 8950 14160 29683 31275 35101 46356 47061 50608 51208 54618 58546 58944 59402 62087 62473 63266 64222 64837 66173 67644 67757 67774 68130 69875 73043 73542 74612 75306 76850 83193 84828 84976 94838 99032 100236 100430 102920 104158 110870 115074 115547 115728 125764 132112 133122 133374 133729 134559 136362 138263 138526 138643 139340 142003 148307 150063 150815 155328 157109 160763 172777 176352 178434 178503 178883 180967 188835 190376 194269 195832 201307 203246 208467 209446 210285 212770 213626 219364 225031 225685 227088 230415 231273

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919180515-10/fragment/page=0006